

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 M., bei Selbstabholung 1.40 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., für 1 Monat 1.50 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 M. — Volksheldkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18663.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Plagvorschritt 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M., jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Landesversammlung der sächsischen U.- und G.-Räte.

Die Internationale sozialistische Konferenz im Januar?

Aus Stockholm wird vom 28. Dezember gemeldet. Laut Sozialdemokraten erhielt Branting am Weihnachtabend ein Telegramm von Gungmans, in welchem dieser ihn bittet, die sozialdemokratischen Parteien im Lager der Mittelmächte, in Rußland und den neutralen Ländern zu einer internationalen Konferenz in Genua für Anfang Januar einzuladen. Ein Internationales Komitee wird wieder zusammenberufen. Gungmans, der sich nach Paris und Genua begibt, ist zum Sekretär ernannt worden. Branting hat hierauf Ebert telegraphisch von der Mitteilung unterrichtet und auch an Vandenberg eine Depesche geschickt, in welcher er jedoch einen Aufschub um einige Wochen befristet.

Der baldige Zusammenritt der internationalen sozialistischen Konferenz ist dringend zu wünschen. Indes wäre wegen der Wahlen zur Nationalversammlung der Aufschub um einige Wochen nötig, den Branting befristet.

Die Konferenz wird ein großes, wichtiges Werk zu vollbringen haben. Sie muß feststellen, ob die Proletarier, die sich in den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder gesammelt haben, entschlossen sind, den Imperialismus ihrer herrschenden Klassen entgegen zu kämpfen und einen Gewaltfrieden zu verhindern. Sie wird die Verantwortlichkeiten der Parteien im Kriege prüfen, und festlegen müssen. Sie wird so den Boden zu einer neuen proletarischen Internationalen bereiten müssen, die wirklich sozialistische Arbeit leistet, sei es auch um den Preis des Ausschließens solcher Gruppen, die dieses Programm nicht rückhaltlos anerkennen wollen.

Gang, 27. Dezember. Dem Korrespondenzbureau wurde von Bon Hof mitgeteilt, daß der Mitterbericht über den Zusammenritt einer internationalen Konferenz am 6. Januar unrichtig ist. Man denkt jetzt an eine Regelung, wonach die Konferenz am 20. Januar zusammenzutreten würde.

Lloyd George über die Kriegsentzündung.

Zürich, 28. Dezember. Der Londoner Oekonomist meldet: Lloyd George beginne in der Frage der deutschen Kriegsentzündung einzulassen. Er habe erklärt, man dürfe über die Kriegsentzündung keine allzu übertriebenen Erwartungen hegen. Deutschland könne höchstens in einer Anleihe zaffen.

Griechenland besetzt Smyrna.

1) Basel, 28. Dezember. Dem bisher von Griechenland in der Offenheit erhobenen Anspruch auf den ehemaligen griechischen Teil der kleinasiatischen Küste ist jetzt die Tat gefolgt. Griechische Matrosen landen in Smyrna und haben von der Stadt Besitz genommen.

Straßenkämpfe in Posen.

Berlin, 28. Dezember. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erzählt, haben gestern zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, der Waffenstillstandskommission und anderer Behörden Beratungen über die Posenerfrage zu einem Ausgleich zwischen den extremen Anschauungen, die über die gegen die Polen einzuschlagende Politik bestanden, geführt. Von diesem Ausgleich hoffe man wenigstens für die nächste Zeit eine Regelung der wichtigsten Fragen auf gutlichem Wege. Inzwischen sei eine Nachricht eingetroffen, die der Lage ein neues Gesicht gebe: In Posen seien gestern nachmittags Straßenkämpfe zwischen Deutschen und Polen ausgebrochen, die bis in die Abendstunden fortbauerten. Von welcher Seite der Anstoß gegeben worden sei, hehe noch nicht fest.

Im Total-Anzeiger wird als Ursache der Unruhen in Posen angegeben, daß von deutschen durchziehenden Truppen eine der bei den Polen in großer Zahl herausgehenden Flaggen in amerikanischen, englischen und französischen Farben herabgerissen worden sei. Ein Trupp von etwa 100 Polen sei demonstrierend zum Polizeipräsidium gezogen, um es im Sturm zu nehmen; es sei geschossen worden, und eine Abteilung von 30 Mann des 20. Feld-Art.-Regis. mit Maschinengewehren mühte den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilen. Nach einem lebhaften Feuergefecht sei es schließlich gelungen, die Polen zurückzudrängen. Gegen Abend wäre die Ruhe in der Stadt völlig wiederhergestellt gewesen.

Die Verantwortlichen.

Ein Schuldbekennnis der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder.

Aus einem langen Artikel des Vorwärts vom Freitag, einem Bericht der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, erfährt die Welt nun endlich, wie ja allerdings aus den ganzen Zusammenhängen schon ohnehin festzustellen war, die drei Vertreter der Rechtssozialisten im Kabinett Ebert, Scheidemann und Vandenberg die Verantwortung für das Blutvergießen am 24. Dezember tragen, daß sie es sind, die unter Umgehung der Regierungsmitglieder aus der Unabhängigen Sozialdemokratie den verbrecherischen Befehl an die Truppen des Generals Requié zum Vorgehen erteilt haben. Dem Stadtkommandanten Weis fällt daneben noch ein nicht unwesentlicher Teil der Schuld zur Last.

Wir können auf die langatmige Darstellung im einzelnen nicht eingehen, zumal sie im wesentlichen auch nur sehr wenig Neues enthält. An der Tatsache, daß die Matrosen durch das Vorgehen der Regierung aufgereizt worden sind, sie entgegen den Versicherungen, die man ihnen auf dem Rückmarsch gegeben hatte, von Berlin abgehoben und die Auszahlung des rückständigen Soldes mehr oder minder direkt von der Einwilligung der Matrosen in diese Abschlebung abhängig zu machen, ändert die Verteidigungsschrift der drei Männer nichts. Sie erheben großes Geschrei über die zeitweilige Befehlsgebung der Reichsregierung und Wperrung der Regierung durch die Matrosen und namentlich über ihr Eindringen in die Stadtkommandatur und die Festnahme und Behandlung des Stadtkommandanten Weis durch die revoltierenden Matrosen. Aber sie vergessen, daß diese Handlungen eben erst hervorgerufen wurden durch die herausfordernden Maßnahmen, die sie, bezw. ihr Reaustrogter Weis, selbst getroffen oder geduldet haben. Aber selbst wenn man von der Vorgeschichte des Blutvergießens bis in die Abendstunden des 23. Dezember absteigt, selbst wenn die einseitige Darstellung des Verichts darüber in allen Stücken zuträfe, so steht doch fest, daß um die Mitternachtsstunden zu einer Einigung die Möglichkeit gegeben war, daß ein Uebereinkommen geschlossen war. Dann aber ist der vorfängliche Bruch eingetreten.

Die Darstellung des Verichts schiebt die Schuld daran den Matrosen zu. Er sagt, nachdem er über die Einigung am späten Abend mitgeteilt hat, daß die Matrosen sich darin zur Freilassung Weis und seiner Adjutanten und zur Räumung des Schlosses verpflichtet, folgendes:

„Die Regierung hatte getan, was sie tun konnte. Wer verdiente nun auf der andern Seite die Ausführung des Uebereinkommens?“

Um 11 Uhr, um 12 Uhr, um 1 Uhr nachts wurde mit Schloss und Marsall telephoniert. Immer noch war Weis nicht freigelassen. Die Regierung wartete; Truppen, die aus Potsdam im Anzuge waren, wurden zurückgeschickt, überall zur Ruhe gemacht. Um 1 Uhr morgens kam von einem Führer der Volksmarinedivision aus dem Schloss die telephonische Meldung:

„Ich kann für das Leben von Weis nicht mehr garantieren!“

Auf diese Nachricht hin, daß ein Mann, den die Regierung aus den schwersten Posten gestellt hatte, von seinem Weis nicht mehr bedroht sei, daß die besonnenen Führer und Kameraden der Marine nicht mehr die Herrschaft hätten über die, welche sich vor einem verbrecherischen Vorschlag nicht zurückzogen, gab den drei allein noch anwesenden Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Vandenberg die Weisung an die zuständige militärische Kommandostelle, das nötige zu veranlassen, um das Leben des Genossen Weis zu retten und ihn zu befreien.“

Eine telephonische Meldung also von einem nichtgenannten „Führer“ genügte den Dreien, den verhängnisvollen Befehl zu geben. Sie haben nach ihrer Darstellung gar nicht erst den Versuch gemacht, sich über die Wahrheit der Meldung zu vergewissern, sie haben nicht versucht, sich selbst oder durch andre mit den Matrosen in direkte Verbindung zu setzen. Sie haben auch nicht versucht, die andern Regierungsmitglieder zu verständigen; die sie schließlich selbst hätten erreichen können, sondern sie haben auf eigene Faust gehandelt. Sie haben den Befehl an den General Requié gegeben, ohne sich weiter um die Ausführung zu kümmern, wenigstens geben sie nichts an in ihrem Bericht; daß sie den General nähere Vorschriften gemacht haben. Haben sie es getan, so sind sie also für das unglückliche Ultimatum, das den Konflikt unweigerlich machte, direkt verantwortlich. Haben sie es nicht getan, so fällt ihnen zum mindesten grobe Fahrlässigkeit zur Last, wenn nicht mehr. Es handelt sich zum mindesten große Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie das Vorgehen des Generals vorausgesehen und gewollt haben.

Es handelt sich zum mindesten große Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie das Vorgehen des Generals vorausgesehen und gewollt haben.

In alledem kommt noch erschwerend, daß die Matrosen noch in später Nachtstunde den Genossen Ledebour nochmals zu Unterhandlungen in die Reichskanzlei sandten und sich durch ihn bereit erklärten, jederzeit wieder in Unterhandlungen einzutreten. Von diesem Anerkenntnis ist bezeichnenderweise in dem Bericht der Drei überhaupt nicht die Rede. Sie waren freilich nicht mehr anwesend in der Reichskanzlei, als Ledebour erschien. Aber sie müssen von seiner Mission erfahren haben, als sie am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufnahmen; und es wäre dann immer noch Zeit gewesen, das Blutvergießen zu verhindern. Wenn es nicht geschähe, so bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß die Ebert und Genossen ihre Krastprobe wollten.

Darauf deutet ja auch schon der Umstand, daß sie nichts getan haben, um die verantwortliche Meldung auf ihren wahren Wert zu prüfen. Die Freiheit, unser Berliner Stadtkommandant, ist in der Lage, festzustellen, daß an der ganzen Vorgehensweise kein Wort wahr ist. Sie stellt dazu mit:

„Als die Führer der Matrosen ins Schloss zurückkamen und das Resultat der Verhandlungen erfuhr, fürchteten sie, drückt und von Misträuen erfüllt wie sie waren, daß die Insignen wieder nicht gehalten würden, und wollten Weis sofort freilassen. Das wurde Weis vorgelegt, und Weis selbst erklärte sich damit einverstanden; die Nacht über im Schloss zu verbleiben. Freilich sollte er freigelassen werden und wurde von den Matrosen nicht in Freiheit gesetzt. Nachts wurde er in einem wohlbeleibten Zimmer gelassen, sein Leben war nicht bedroht.“

Cito Weis gibt freilich heute eine etwas andre Darstellung, die von Wolffs Bureau weitergegeben wird. Danach ist er allerdings von einem Teil der Matrosen eine Zeitlang bedroht worden und einige Zeit in einen Verriegelung geführt worden, wo man ihm mitteilte, daß er mit seinem Leben abzuschließen hätte. Diese Darstellung steht der Freiheit direkt gegenüber, und wir müssen es vorläufig dahingestellt sein lassen, welche zutrifft. Aber selbst wenn Herr Weis mit seiner Darstellung recht hat, so war jedenfalls die Maßregel, die die drei rechtssozialistischen Regierungsmitglieder ergriffen, die allerungeeignetste und nur dazu angetan, die Sachlage zu verschlimmern. Sie ist nur zu erklären aus der Aufhebung der drei Herren, daß sie ihre rambonierete Regierungsautorität durch Gewalt und nicht durch Verhandlungen wiederherstellen wollten. Dazu war ihnen offenbar diese Bedrohung des Stadtkommandanten gerade gut genug. Entweder haben sie diese Krastprobe gewollt, oder sie haben sie durch Kopflosigkeit und Ungeduld herbeigeführt. In beiden Fällen sind sie nicht die Leute, die in eine Regierung in Revolutionenzeiten hineingehören. In beiden Fällen können sie das Vertrauen der Revolutionäre nicht mehr beanspruchen. Von einer revolutionären Regierung muß gefordert werden, daß sie nicht in Autoritätsdünkel verfällt, und um ihre Autorität zu wahren, zur Gewaltpolitik des alten Systems greift. Von einer revolutionären Regierung muß aber auch gefordert werden, daß sie in schwierigen Situationen, wie sie die aufgeregten Zeiten einer staatlichen Umwälzung mit sich bringt, den Kopf oder den Hals behält.

Die Ebert, Scheidemann und Vandenberg sind durch ihr eigenes Bekenntnis gerichtet. Aber sie denken nicht daran, die Konsequenz aus ihrem Verhalten zu ziehen. Im Gegenteil, sie pochen auf ihre Macht stärker denn je zuvor. Ihr Bericht endet mit der Aufforderung an ihre Parteigenossen, ihnen die nötige Macht zu verschaffen. Der Vorwärts bringt einen herausfordernden Artikel, in dem er sagt, es wäre nicht schade, wenn die Unabhängigen aus der Regierung austreten; die Sozialdemokraten, d. h. also die Rechtssozialisten würden dann allein das Werk fortführen und nützliche Arbeit verrichten können. Und zum Sonntag werden die Anhänger der Rechtssozialisten zu einer großen Straßendemonstration in Berlin aufgerufen. Unsere Genossen werden zur selbigen Zeit am selbigen Tage ihre Bekennung und ihr Vollen durch die Beteiligung an dem Begräbnis der Opfer des 24. Dezember kundgeben. Heute, Sonntag, abend, laßt der Zentralrat der U.- und G.-Räte mit dem Kabinett die Entscheidung fallen wird, läßt sich nach der Haltung der Vorwärts jetzt schon fast mit Sicherheit erkennen. Die Rechtssozialisten werden die Regierung allein übernehmen. Das Proletariat wird mehr denn je auf der Wacht sein müssen, daß dem Werk der Revolution kein Schaden geschehe.

Klärung.

Am Weihnachtabend hat die rote Fahne, das Berliner Organ des Spartakusbundes, einen Brief des Zentralsekretariats des Bundes an das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie veröffentlicht, der einer Kriegserklärung an die Partei gleichkommt. Das Schreiben enthält die schärfsten Beschuldigungen gegen die „offiziellen Instanzen“ der U. S. P. Es wird von ihnen gesagt, daß sie „immer hemmungslos in die Bahn der verräterischen Mehrheitspolitik“ gleiten, daß sie in der Frage: Nationalversammlung oder Räteystem zumeist verlegen oder gegen die Lebensinteressen des Proletariats grüßlich verstoßen hätten, daß hervorragende Mitglieder der Partei auf dem Rätekongreß ganz unverhüllt mit seiner gegenrevolutionären Politik partiiert hätten. Trotz der „auf Wiederherstellung und Erhaltung der kapitalistischen Klassenverhältnisse gerichteten Arbeit der „sozialistischen“ Regierung“, trotz des „revolutionären Pulses und Blutbades vom 8. Dezember, trotz der reaktionären Beschlüsse des Rätekongresses, trotz der Herabwürdigung des Zentralrats zu einer Marionette seien die Vertreter der U. S. P. im Kabinett Ebert-Scheidemann geblieben. In verschiedenen Orten seien mehr oder weniger offene Koalitionen mit den Mehrheitssozialisten, vielfach unter Förderung des Parteivorstandes der U. S. P., in zahlreichen Orten sogar eine förmliche Verschmelzung im Gange. Die Freiheit unterliege dem „Korruptionssystem der herrschenden Klasse“ und die „Verrüttung und Verflumpung der Partei“. Die U. S. P. sei zum Geißel aller Klassenbewußten Arbeiter geworden. Nicht kleine Kondemnationen, sondern die Massen der Partei selber müßten über ihre Haltung bestimmen, deshalb hätte längst ein Parteitag einberufen werden müssen. Die Zuschrift fordert „für spätestens Ende Dezember einen Parteitag einzuberufen, der eine rücksichtslos parlamentarische revolutionäre Politik durchzuführen und ein Verbot über alle diejenigen Mitglieder der Partei abzuhalten haben wird, die als Sozialdemokrat und Vorkämpfer des Verrats an der Revolution und des Sozialismus kompromittiert sind“. Es wird zum Schluß um Antwort bis zum 25. Dezember ersucht.

Wir die Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei angesehen ist, läßt sich aus dem Schließen, was wir gestern über seine Beschlüsse in Sachen der Parteitag mitgeteilt haben. Die Haltung hat bekanntlich mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten des Betriebes und auf den dadurch bedingten großen Zeitverlust, der wegen des nahen Termins der Nationalratswahlen nicht erträglich wäre, beschlossen, vor den Wahlen den Parteitag nicht mehr einzuberufen. Mit Bedauern diese technischen Schwierigkeiten außerordentlich. Das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Spartakusbund bedarf unbedingt klarer Klärung. Es geht nicht an, daß eine Organisation in der Organisation besteht. Das muß schließlich auf die Spaltung der Partei hinauslaufen, und wir sehen denn auch schon, daß dieses Ergebnis näher und näher rückt. Tatsächlich ist der Spartakusbund auch nur noch dem Namen nach ein Glied der Unabhängigen Sozialdemokratie. In Wirklichkeit hat er sich längst als eine eigene Partei mit eigenem Programm, eigener Taktik und eigenen Organen konstituiert. Wir nähmen an, daß die Unabhängige Sozialdemokratie und der Spartakusbund bei der Verteidigung der Revolution gegen die Anschläge von rechts und gegen die halbherzigen Tendenzen der Mehrheitssozialisten ein gut Stück Weges zusammengehen können. Eine reinliche Scheidung beider Organisationen aber ist unter allen Umständen geboten, weil eben doch große grundsätzliche Unterschiede bestehen, die sich auf die Dauer nur zum Schaden des einen oder andern Teils und damit auch zum Schaden der Revolution vertiefen können. Wer sich dem Spartakusbund anschließt, muß wissen, daß er sich damit grundsätzlich gegen die Nationalversammlung und für die unbegrenzte Diktatur der Arbeiterräte entscheidet, wer zur Unabhängigen Sozialdemokratie geht, muß wissen, daß die Partei bei aller Hochschätzung des Räteystems ihm diese Bedeutung nicht zuweisen kann und die Nationalversammlung für eine unvermeidliche Glorie der Revolution hält.

Der Spartakusbund hat zum 30. Dezember eine Reichskonferenz seiner Anhänger nach Berlin einberufen. Sie wird zu der abnehmenden Antwort des Zentralkomitees unserer Partei Stellung nehmen und wird die Kriegserklärung, die schon das Schreiben vom 24. bedeutet, jedenfalls in verschärfter Form wiederholen. Auf diese Weise wird schließlich eine gewisse Klärung der Verhältnisse zwischen beiden proletarischen Organisationen erreicht werden. Wir hätten es lieber gesehen, wenn ein Parteitag unserer Partei den klärenden Strich gezogen hätte. Wir sind überzeugt, daß die Entscheidung der großen Mehrheit der Partei in demselben Sinne fallen würde, wie sie auf der letzten Generalsammlung der Berliner Parteigenossenschaft getroffen wurde, daß die Spartakusanhänger sich als eine geringe Minderheit erkennen müßten. Das ist nun leider nicht möglich. Es muß aber darauf gedrungen werden, daß alsbald nach den Wahlen der Parteitag zusammentritt. Eine weitere Zögerung wäre nicht erträglich.

Eine Erklärung Kautskys.

Berlin, 24. Dezember. Wir erhalten folgende Erklärung: Die heutige Presse teilt unter dem Titel: Kautsky über die Schuld am Kriege nach dem Neuen Rotterdamse Courant mit, ich hätte einem Korrespondenten der Daily News eine Unterredung geführt und mich dabei auf Grund meiner Kenntnis der Äußerung des Auswärtigen Amtes über die Schuld am Kriege geäußert. Es sollte sich nach meiner Meinung insofern auf den Kaiser, den Kronprinzen, Ludendorff und Tirpitz, die kaufmännischen Magnaten und die Altpreußen verteilen. Diese Mitteilung ist natürlich erfunden. Ich habe, gegen meine sonstige Gewohnheit, in den letzten Tagen einer Reihe englischer, ebenso wie amerikanischer, französischer und italienischer Journalisten Unterredungen geführt, weil ich heute darin ein wichtiges Mittel sehe, das Ausland über deutsche Verhältnisse aufzuklären. Sie alle haben versucht, mit mir Aufschluß über den Inhalt der Äußerungen zu gewinnen; ich habe jede Auskunft verweigert, weil ich zu privaten Mitteilungen nicht befaßt sei. Aber selbst wenn ich mich zu Indiskretionen hätte verleiten lassen, konnte ich mich unmöglich geäußert haben, wie mir in die Schuhe geschoben wird. Meine Aufgabe ist zunächst die Herausgabe der Äußerungen für den Zeitraum von der Ermordung des österreichischen Thronfolgers bis zum 4. August 1914. Soweit ich dabei bisher gekommen bin, und ich bin nahezu am Ende, ist mir weder der Name des Kronprinzen, noch der Ludendorff oder Tirpitz aufgefallen, von den „Magnaten“ und Altpreußen gar nicht zu reden. Im Laufe der Unterredung fragte mich der Vertreter der Daily News, der mit einer Empfehlung von Eiserne aus München kam, ob ich dessen Auffassung der Rolle teile, die der Kronprinz, Ludendorff und Tirpitz sowie die Altpreußen im Kriege gespielt hätten, und

diese Frage bejahte ich, aber nicht auf Grund meiner Kenntnis der Äußerungen, und nicht als überraschende Enthüllung, sondern als eine allgemein geteilte und verbreitete Meinung. Von der sonderbaren Stufenfolge war dabei auch keine Rede.

Der Vertreter der Daily News war offenbar der Meinung, meine ganze Auffassung des Krieges entspringe den Äußerungen des Auswärtigen Amtes, daher seine verkehrte Berichterstattung. g. Kautsky.

Sächsische Nationalwahlen am 19. Januar?

Dresden, 27. Dezember. Die Landesversammlung der A- und B-Räte Sachsen nahm mit großer Stimmenmehrheit einen Antrag an, der die Auserwählung der Sächsischen Nationalwahlen für den 19. Januar fordert, also gleichzeitig mit den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung.

Landesversammlung der A- u. B-Räte.

Dresden, 27. Dezember 1918.

Öffentliche Sitzung.

Vorsitzender Seger (Leipzig (U. S.)) eröffnet die Sitzung nach 11 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Minister des Inneren Lipinski geht den Räten auf die politischen Vorgänge der letzten Zeit ein. Zur Frage der Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland bemerkt er in der Richtung der Ausdeutungen seiner Rede vom 8. Dezember, daß das Ministerium es begrüßen würde, wenn der Anschluß vollzogen werden könnte. Die Regierung sei darum angegangen worden, sich in die sächsisch-schlesischen Angelegenheiten einzumischen. Er habe das in seiner Eigenschaft als Minister der auswärtigen Angelegenheiten abgelehnt, denn hier handle es sich um Kompetenzen des Reiches. Sachsen könne nur insoweit eingreifen, als besondere sächsische wirtschaftliche Interessen verletzt würden. Es liege keine Veranlassung vor, in die politischen Auseinandersetzungen zwischen Oesterreich und den Tschechen einzugreifen. Als Sozialist müsse er sich auf den Standpunkt stellen, daß nicht die Sprache oder das Sprachgebiet maßgebend sein könnten, sondern das Verlangen der Völker selbst. Deren Selbstbestimmungsrecht aber komme erst bei dem Friedenskongreß zur Geltung, dem man nicht vorgreifen dürfe. Bei dem harten Bedürfnis des sächsisch-schlesischen Staates nach wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und Sachsen aber könne von Feindseligkeiten nicht die Rede sein. Es finde bereits ein Warenverkehr statt. In den wirtschaftlichen Beziehungen sei also der Krisenzustand wenigstens zum Teil überwunden. Was hat zu den übertriebenen Verleumdungen über den Einmarsch in Sachsen geführt? Einmal die Behauptung Deutsch-Oesterreichs durch die Tschecho-Slowaken und dann die Sperrung des sächsisch-schlesischen Verkehrs. Diese Maßnahmen richteten sich jedoch lediglich gegen Verbindungen, die unmittelbar oder mittelbar dem Verkehr mit Oesterreich dienen, mit dem die Tschecho-Slowaken Differenzen hätten. Die Spitze dieser Maßnahmen richtete sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen Oesterreich. Auf Grund wirtschaftlicher und politischer Voraussetzungen könne er alle Verleumdungen über die Beziehung Sachsens durch die Tschecho-Slowaken für falsch erklären. Sollte aber eine Verletzung des deutschen Reichsgebietes eintreten, so wären damit die Massenfriedensbedingungen verletzt und die Reichsregierung hätte einzugreifen. Der Redner kommt dann auf

Dr. Wendensfrage.

zu sprechen. Auf 1000 Sachsen kämen 9 Wenden. Die Wenden für eine besondere Staatsabteilung schon wegen ihrer geringen Zahl nicht in Frage, und nach großer Zeit das Verlangen nach einer besonderen Vertretung auf der Friedenskonferenz. Was die persönliche Frage gegen den früheren Abgeordneten Wenzel betreffe, der als Delegierter in Aussicht genommen sein soll, so lehne er, es ab, in die Fehler vergangener Zeiten zu fallen. Er werde nicht auf Verbindlichkeiten und Vermutungen hin gegen einen Mann vorgehen. Er habe den Eindruck, als würden solche Verleumdungen künstlich betrieben, um der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Was die Nationalversammlung für Sachsen anlangt, so läge die Verhältnisse im Reich anders als in Sachsen. Dieses könne nicht eine konstituierende Landesversammlung einberufen, bevor die Frage nicht entschieden sei, ob eine Einheitsrepublik oder ein Föderativstaat

in Deutschland geschaffen werden solle. Da man aber bereits separatistische Bestrebungen, namentlich in Bayern wegen der Befreiung der Erhaltung der preußischen Vormachtstellung im Gange seien, so könne eine sächsische Nationalversammlung sehr viel für den Einheitsgedanken wirken. Das ist bis zum festgesetzten Termin (2. Februar) inzwischen die Reichsnationalversammlung für eine Verfassung sich entschieden haben könne, die den Auffassungen des sächsischen Volkes widerspreche, sei nicht anzunehmen. Ehe die amtliche Wahlordnung festgelegt sei und alle geschäftlichen Angelegenheiten in dem neuen Parlament erledigt seien, vergangen etwa zwei Wochen. Uebrigens werde mit der Zeit der Zug nach links immer stärker. Die Zahl der Abgeordneten für die sächsische Volkskommission soll für die Wahlbezirke Dresden 35, Chemnitz 27, Leipzig 24 Abgeordnete betragen. Es sind folgende

Anträge

- 1. Antrag Nische (Dresden): Der Landesrat bestell einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, bestehend aus 9 Personen, der 1. die Überwachung der sächsischen Regierung ausübt, dem 2. das Recht der Berufung und Abberufung der Volkbeauftragten für Sachsen zusteht, der 3. die Befugnis hat, dann, wenn infolge von Stimmengleichheit im Ministerium keine Beschlüsse zustande kommen würden, die Entscheidung zu fällen, falls es von einem Volkbeauftragten beantragt wird.
- 2. Antrag Nische (Dresden): Die Regierung wird ersucht, den aus dem Kriege heimkehrenden Staatsarbeitern die Feuererzeugnisse in demselben Umlage zu gewähren, wie den Staatsbeamten, die Kriegsteilnehmer genießen.
- 3. Ein Antrag Kahmann (Dresden) fordert beschleunigte Wahlen zur deutschen und zur sächsischen Nationalversammlung.
- 4. Anträge des A- und B-Rates Chamnitz: a) Die Landesregierung der Republik Sachsen wird beauftragt, so bald als möglich eine Nationalversammlung der Republik Sachsen wählen zu lassen. Das Wahlrecht hierzu soll in all seinen grundsätzlichen Bestimmungen dem Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gleichen. b) Der Landesrat wolle beschließen, daß die letzte Landesregierung zurückzutreten hat, da sie in ihr Amt nicht durch eine Vertrauensabgabe des sächsischen Proletariats oder seiner politischen Organisation gelangt, sondern zu einer Zeit die Leitung des Staates übernahm, in der die politischen Verhältnisse noch vollständig verworren und unübersichtlich waren. Die sächsische Republik muß eine Regierung erhalten, die sich auf das Vertrauen einer außerordentlichen, auf breiter Grundlage hervorgehenden Volksvertretung unbedingt berufen kann.
- 5. Mehrere Anträge von Freiberg, darunter ein solcher, der die Verleihung der Ehre der einzelnen Kreisbauernschaften auf die Verleihungsdiffer der Amtshauptmannschaften und freien Städte einschließlich der Garnisonen fordert.
- 6. Ein Antrag Groß-Dresden fordert die Begründung von Bauernräten oder den Ausbau der schon in der Bildung begriffenen Ortsbauernräte für das Ernährungswesen zu Bauern- und Landarbeiterräten.
- 7. Ein Antrag Sachs (Dresden): Der Landesrat wolle der Regierung empfehlen, für die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung folgende Richtlinien zur Grundlage zu nehmen: 1. Die

Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung finden zugleich mit den Wahlen zur Reichsnationalversammlung in der Weise statt, daß die bei den Reichswahlen abgegebenen Stimmen der Verteilung der Mandate für das Land zugrunde gelegt werden. 2. Es sind in den bisherigen Reichstagswahlkreisen 1-9 20, in den bisherigen Reichstagswahlkreisen 10-14 24 und in den bisherigen Reichstagswahlkreisen 15-28 88 Abgeordnete zu wählen. 3. Die Unterzeichner eines Wahlvorschlages für die Reichswahlen haben gleichzeitig eine Kandidatenliste für das Land (Parallelliste) einzureichen. Nach einer Mittagspause wird in die Debatte

eingetreten. Endermann (Dresden) erklärt sich mit dem ersten Teil der Ausführungen Lipinski einverstanden, meint aber, daß man doch auf die wendische Agitation ein wachsameres Auge haben müsse. Einer passiven Resistenz der wendischen Bauern müsse entschieden entgegengetreten werden. Der Redner legt dann ausführlich die Gründe dar, die für die Zusammenlegung der Wahlen für die sächsische Konstituante mit denen für den deutschen Nationalrat sprechen. Die Vielversprechungen zahlreicher deutscher Einzelstaaten solle gewiß nicht für alle Zeiten beibehalten werden, notwendig sei aber die Schaffung eines Übergangsabkommens.

Castan (Sax.): Auf Anregung der Leipziger Militärbehörden seien in Chemnitz am ersten Feiertag wegen der Tschechengefahr mehrere Rekruten für Osnabrück in Karmarbereitschaft gehalten worden. Wenn Lipinski hier jede Gefahr für ausgeschlossen erklärt, so setze das, daß im behördlichen Organismus etwas nicht in Ordnung sei. Auch sonst habe der Redner den Eindruck gewonnen, daß die Verbindung der Reichsregierung mit den breiten Massen des Volkes einiges zu wünschen übrig lasse. Man solle daher alle die Anträge unterstützen, die auf eine Beschleunigung der Nationalversammlung abzielen.

Volkbeauftragter Lipinski: Aus Vernunftgründen sei ein Angriff der Tschechen auf sächsisches Gebiet nicht zu erwarten. Unabhängig davon hätte jedoch eine maßlose Agitation in der Presse eingesetzt, die eine starke Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Um hier vor zu beugen, habe er sich mit der Reichsregierung in Einvernehmen gesetzt. Die Karmarbereitschaft sächsischer Truppenteile habe jedenfalls keine herausfordernde Spitze gegen den tschecho-slowakischen Staat. Nach Wiedereingabe aller Umstände, die für diese Frage in Betracht kommen, habe die Regierung einstimmig — Gleitsner habe sich der Stimme enthalten — beschlossen, den 2. Februar als Wahltag für die Wahlen zur sächsischen Konstituante festzusetzen. Zur Einmündigkeit der Wähler in Preußen komme nicht (Zuruf, Bayern!). In Bayern sollten die Wahlen schon früher stattfinden, sie sind verlagert worden auf den 17. Januar. (Zuruf bei der Freiheit.) Die sächsische Regierung habe sich streng gehalten an die Beschlüsse der Reichskonferenz der A- und B-Räte. Solange nicht entschieden sei, ob Sachsen selbständiger Staat bleibt oder nicht, sei die Frage nicht in Angriff zu nehmen. Nische (Sax.) begründet einen Antrag auf

Einlegung eines Zentralrats.

der aus neun Personen bestehen und die Regierung überwachen soll. Die tschechische Gefahr halte er persönlich für übertrieben. Wenn man aber wünsche, daß die Bevölkerung solchen Befürchtungen gegenüber ruhig bleibe, so müsse man ihr die Sicherheit geben, daß wir nach wie vor zur Verteidigung unseres Landes überhaupt imstande sind. Dazu sei manches nötig von Seiten der sächsischen Regierung wie von der Reichsregierung. Der Erlass der Wahlordnung ohne Befragen des Landesrats sei eine einzig dastehende Verletzung des letzteren. Dagegen die Regierung irgendwelche Gewähr, daß so wichtige Verfügungen und einschneidende Anordnungen überhaupt noch das Einverständnis des Volkes finden? Dagegen die Regierung, Sicherheit für ihren eigenen Fortbestand?

Castan (Sax.) begründet einen Antrag, daß die Veröffentlichung der Ministerialverordnung über die Wahlen am 2. Februar ausgesetzt wird, bis der Landesrat über den Termin beschlossen habe. Wenn sollte es nicht überstürzt werden. Er stelle seiner den Antrag, darüber sofort abzukommen.

Volkbeauftragter Dr. Gradnauer: Mehrere Kollegen in der Regierung hätten den 19. Januar als zweckmäßigen Wahltermin bezeichnet, selbst aber mit ihrer Ansicht in der Widerstreit geblieben. War einmal der 2. Februar als Wahltermin beschlossen, so mußte die Regierung natürlich auch ein Gesetz ausarbeiten, er (Gradnauer) und seine Freunde in der Regierung seien aber der Meinung gewesen, daß vor der Veröffentlichung des Gesetzes erst noch der Landesrat Stellung nehmen müsse. Er sei nicht dafür, daß der Landesrat vor fertige Tatsachen gestellt werde. Deshalb müsse, wenn der Landesrat sich für einen andern Wahltermin entscheidet, die Regierung erneut beschluß fassen.

Dr. Geyer (Leipzig, unabh.) hält eine sofortige Beschlußfassung über den Antrag Nische für unmöglich; der Antrag müsse zur sachlichen Diskussion gestellt werden.

Im Laufe der weiteren Debatte kommt es zu

Volkbeauftragter Lipinski: Das Gesamtministerium habe beschlossen, das Gesetz heute zu veröffentlichen und dem Landesrat diese Tatsache einfach mitzuteilen. (Zuruf bei der Freiheit; Zuruf: Das ist der Geist der alten Regierung!)

Castan (Chemnitz) stellt die Anfrage, ob es noch möglich ist, die Veröffentlichung des Wahlgesetzes in der Staatszeitung telephonisch auszuschieben.

Lipinski lehnt es kategorisch ab, einen Beschluß des Gesamtministeriums aufzuheben. (Große Unruhe.)

Dr. Gradnauer spricht auf Lipinski ein, worauf dieser ihn mit den Worten antwortet: das ist doch unerträglich!

Aus der Mitte der Mehrheitssozialisten wird darauf der Antrag gestellt, angeht die Haltung der Regierung über den Antrag Nische sofort abzukommen.

Volkbeauftragter Dr. Gradnauer: Ich kann mein Entkommen über das Verhalten Lipinski nicht verhehlen. Wir Minister müssen doch auch die Möglichkeit haben, uns über eine Verordnung auszusprechen. Dazu hatten wir bisher keine Gelegenheit. (Zuruf: Hör, Hör!)

Volkbeauftragter Lipinski: Das Gesetz sei erst am Montag von der Regierung beschlossen und fixiert worden. Nun sei von der Regierung Vollmacht erteilt worden, das Gesetz zu erlassen. (Zuruf: Hör bei den Unabh.; Zwischenruf bei der Freiheit); er betrachte es als eine außerordentliche Unbilligkeit des Kollegen Gradnauer, daß er im Gegenfall zu dem von ihm selbst unterschriebenen Protokoll eine nochmalige Besprechung des Gesetzes verlange.

Volkbeauftragter Gleitsner bekräftigt die Darstellung Lipinski von den Vorgängen innerhalb der Regierung.

Volkbeauftragter Dr. Gradnauer weist die heftigen Beschuldigungen Lipinski auf energischste zurück und lehnt es ab, sich auf das gleiche Niveau zu begeben. Er habe schließlich die Vereinbarung in den Maßnahmen des Ministers des Innern beobachtet.

Volkbeauftragter Schwartz: Die Regierung hätte dem Landesrat die Festsetzung des Wahltermins überlassen sollen. Bedenken gegen den 19. Januar könnten überhaupt nicht vorliegen. Auch die Reichsregierung habe dagegen keine nennenswerten Bedenken. Volkbeauftragter Geyer: Dr. Gradnauer habe mich würdigerweise hier eine Stellung eingenommen, die diametral entgegengesetzt von seiner Haltung in der strahlenden Regierungsbildung zu sein. Antrag Nische gäbe dem Zentralrat eine Befugnis, die diese nicht hätte. (Zuruf bei der Freiheit; Zuruf: Wo sind denn die Brüder?) Der Antrag verlangt auch nicht die Befugnis der Regierung ab. Wenn es nach Ihnen (zur Freiheit) gegangen wäre, dann hätten Sie noch eine bürgerliche Regierung. Gradnauer: Sie durch Ihre Spaltung einen Anachronismus haben! (Große Beifall bei den Unabh., Unruhe bei der Mehrheit.)

Kauring (Dresden) bemerkt, daß der Antrag Nische noch wenig sei, um aus der Diktatur herauszukommen, und weist dann die Ausführungen Geyers zurück. Volkbeauftragter Geyer: Welche

Dr. Sager nicht Bürgerliche in die Regierung haben! Das sei nur der Standpunkt einzelner Genossen. Von einer demokratischen Regierung sei es unerschütterlich, die berufene Vertretung des Volkes vor vollendete Tatsachen zu stellen. Der Redner befragt dann den Antrag auf Einsetzung eines Zentralrates und bemerkt dazu: Wir wollen nicht provozieren, sondern zusammenarbeiten! (Wohlfühlbeauftragter Geier: Das glaube ich nicht!)

Vors. Ullig beantragt, die Verhandlungen auf eine halbe Stunde auszusetzen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der durch die Erklärungen vom Regierungstisch geschaffenen neuen Sachlage Stellung zu nehmen. Wohlfühlbeauftragter Geier widerspricht diesem Antrage. Geier (Chemnitz) bezeichnet es als unzulässig, daß der Wohlfühlbeauftragte Geier verusche, in die Geschäfte des Zentralrates einzugreifen. Die Mehrheit entscheidet sich für den Antrag Ullig. Die Sitzung wird also auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt Ullig: Meine Freunde haben beschlossen, in Abänderung des Antrags Samisch zu beantragen: Die Regierung wird beauftragt, die Wahlen zur sächsischen Volkshammer auf den 10. Januar festzusetzen und die öffentliche Verordnung entsprechend zu ändern. Vors. Sager teilt mit, daß der Antrag Samisch zurückgezogen worden ist.

Eine Erklärung der Unabhängigen. Dr. Geier: Genossen! Wir lehnen den Antrag Mühsche, den Antrag Dr. Sachs nach den jetzt gestellten Antrag von Chemnitz, Absatz 1, mit der gleichen Entschiedenheit ab. Aus allen drei Anträgen scheint uns derselbe Geist zu sprechen, nämlich der Geist, der getragen ist von der Absicht, den Boden der Revolution zu verlassen und sich auf den Boden der sogenannten Gesetzmäßigkeit zu begeben. Der Antrag Chemnitz, Absatz 1 schreibt weiter dem Landestrate Kompetenzen zu, die dieser Landestat bisher nicht besitzt. Wir erwidern in diesen Anträgen das Bestreben, den Landestat zu einem Zentralorgan zu machen, dem das Recht eines souveränen Parlaments zuzuschreiben ist. (Sehr richtig! recht.) Bei seinem Zusammenstreben hat niemand daran gedacht, die Kompetenzen des Landestates so weit zu ziehen. Dieser Landestat ist vielmehr gedacht gewesen als Bindeglied zwischen den britischen K. und S.-Mätern einerseits und andererseits als Bindeglied zwischen ihnen und der Regierung. Nicht beobachtet wir das Bestreben, die Rechte und die Kompetenzen des Landestates zu erweitern, das Bestreben, ihm die politische Macht zu geben, die man den britischen K. und S.-Mätern entziehen will. Wir erwidern in diesem Bestreben die Absicht, der Partei der Rechtssozialisten die Entscheidung über die Dinge in Sachsen in die Hand zu geben, und gleichzeitig die Absicht, die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie aus der Regierung herauszubringen.

Gegenüber diesen Absichten habe ich Ihnen folgende Erklärung meiner Freunde abzugeben: Wir sind nicht genehm, diesem Rechtsanspruch der Rechtssozialisten nachzugeben. Wir halten nach wie vor fest daran, daß die politische Macht in der Hand der britischen K. und S.-Mätern liegt. Wir erklären, daß wir nicht genehm sind, und dort, wo wir die Macht haben, uns diese Macht aus der Hand winden zu lassen. (Zurufe richtig.) Wir erklären ferner, daß der Landestat durch Mehrheitsbeschluß die Beschlüsse der K. und S.-Mätern nicht einschränken kann, sondern nur mit Zustimmung der britischen K. und S.-Mätern. Wir erklären weiter, daß wir nur die Verordnungen der Regierung für rechtsverbindlich betrachten werden, die die Zustimmung der britischen K. und S.-Mätern finden werden. (Zuruf richtig: Unmöglich! Wie soll das geschehen?) Unsere Stellung zur Regierung präzisieren wir dahin: Die Wohlfühlbeauftragten sind ins Amt getreten auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien. Gegenüber dem Bestreben, die Unabhängigen aus der Regierung herauszubringen, erklären wir, daß sie ihren Auftrag erhalten haben von der Unabhängigen Sozialdemokratie, und daß sie sich nicht von einer anderen Partei den Zeitpunkt vorschreiben lassen dürfen, an dem ihr Mandat zu Ende geht.

Wir erkennen daher Beschlüsse, die in diesem Landestrate ohne unsere Zustimmung gefaßt werden, nicht an. Unserer Ansicht nach hat der Landestat nicht zu sein als ein informatives Bindeglied zwischen den K. und S.-Mätern einerseits und zwischen den britischen K. und S.-Mätern und der Regierung andererseits. In diesem Sinne und unter diesem Vorbehalt beteiligen wir uns an den weiteren Verhandlungen des Landestates. (Zuruf: Widerspruch: Das hat doch wahrlich keinen Zweck!) Geier (Chemnitz) (Soz.) führt aus, daß bei Befolgung solcher Grundzüge überhaupt geordnete Zustände völlig unmöglich werden würden. Die Partei des Vorredners wolle jede organische Entwicklung unterbinden. Das Verhalten Dipinski sei autoritär, autoritär und habe mit Pflicht- und Rechtsgesinnung nichts mehr zu schaffen. Die Minister trügen als Diktatoren auf.

Waller-Paunz (Soz.): Dipinski sehe das Verhältnis zu den Tschechen zu rosig. Krauß (Chemnitz) (Soz.) weist auf die Deutschfeindlichkeit der Tschechen und namentlich Masaryk hin. Dipinski's Haltung in der Tschechenfrage sei einfach unhaltbar. Er solle bei der Reichsregierung Vorstellungen erheben. Wohlfühlbeauftragter Dipinski meint, es habe keinen Zweck, einander vorzubereiten. Er stehe auf dem Standpunkte des Staatssekretärs Bauer in Wien, der erklärt habe, daß er nicht in der Lage sei, den Deutsch-Tschechen helfen zu können. Wie solle da ein sächsischer Minister den Deutsch-Tschechen bei ihren Auseinandersetzungen mit den Tschechen helfen können! Der Beweis für die Behauptung des Genossen Geier, daß Sachsen dem Abgrunde zureibe, sei nicht erbracht worden; es handle sich um eine leere Redensart. Schöning-Weipitz: Wenn die Mehrheitssozialisten glauben sollten, daß innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratie Strömungen vorhanden seien, aus denen sie Vorteil ziehen könnten, so sei das ein Irrtum. (Beifall.) Durch ihr Verhalten treiben sie es dahin, daß die Revolution noch einmal verhinert. Unter Standpunkt ist, daß wir die Nationalversammlung für Sachsen nicht gebrauchen. Wir lehnen den Antrag Mühsche ab. Schäfer-Weipitz (U. Soz.) tadelt die Haltung des Wohlfühlbeauftragten Geier. Das Wirtschaftsministerium arbeite zu langsam. Geier-Drasden (Soz.): Dipinski habe gesagt, mit Rücksicht auf Oesterreich dürfe man sich nicht in die tschechische Frage einmischen. Wir Deutschen hätten aber doch ein zumindestens platonisches Recht, unseren Wohlwollenden in Böhmen das Selbstbestimmungsrecht wahr zu helfen. Nach weiterer Aussprache verbreitet sich Wohlfühlbeauftragter Geier über verschiedene Fragen seines Ressorts. Er bezeichnet es u. a. als falsch, daß zu Anfang der Revolution die Offiziere maßlos besetzt worden wären, man hätte sie auswählen und der Revolution dienlich machen sollen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen wird zur Abstimmung geschritten. Die Mehrheitsanträge werden sämtlich gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Damit wird u. a. beschlossen, daß die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung zugleich mit denen zur Nationalversammlung für das Reich am 10. Januar stattfinden sollen. Außerdem wird der Zentralrat gebeten, zur Vorbereitung der sächsischen Verfassung, Dr. Geier-Weipitz (U. Soz.) gibt folgende Erklärung ab: Gemäß der von uns abgegebenen prinzipiellen Erklärung stellen wir fest, daß der Landestat mit diesen Beschlüssen keine Kompetenzen weit überschritten hat. Wir erkennen diese Beschlüsse nicht als rechtskräftig an. Wir fordern die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Regierung auf, ihr Mandat weiter auszuüben, und sich den rechtskräftigen Beschlüssen des Landestates nicht zu unterwerfen. Das gilt namentlich für die Beschlüsse über den sogenannten Zentralrat und über die Erhebung des Termins für die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung (Antrag Ullig). Daraus folgt, daß wir uns an den Wahlen zu dem sogenannten Zentralrat nicht beteiligen. Wir erkennen diesen Zentralrat nicht an. Wir fordern die Vertreter der U. S. P. D. in der Regierung auf, eventuellen Beschlüssen dieses Zentralrats nicht Folge zu leisten. Mit der Schaffung einer Verwaltungsstelle für den Landestat würde der Zentralrat beauftragt. Der Antrag Chemnitz auf Rücktritt der jetzigen Landesregierung wurde zurückgestellt. Weiter genannten, teils gegen die unabhängigen Stimmen, zur Annahme der Antrag Sachs (Mittler) für die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung, der Antrag Mühsche betreffend Teuerungszulagen für die aus dem Kriege zurückkehrenden Staatsarbeiter, und der Antrag Groß-Drasden auf Bildung von Bauernräten. Zum Schluß lenkte noch Mühsche (Planen) die Aufmerksamkeit auf die jüngsten Vorgänge im Zwickauer Arbeiter- und Soldatenrat, die zum Austritt der Mehrheitssozialisten geführt haben. Es herrschte eine große Spannung, bis Mühsche erklärte, daß er sich nicht beteiligen werde. Diese Anregung führte noch einmal zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Vorstehender Geier wollte der Konsequenzen wegen einen Bescheid nicht abgeben, da noch keine Entscheidung über den Austritt der Landesregierung seine Kompetenzen überschreite, eine Auffassung, die sein Kollege Ullig nicht teilen konnte. Schließlich wurde im Sinne Mühsche gegen die Unabhängigen beschlossen. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr abends. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Nationalwahlen im besetzten Gebiet. Berlin, 27. Dezember. Auf die von der Deutschen Waffenstillstandskommission dem Oberkommando der Alliierten vorgebrachten Wünsche, daß zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung die Abwehrmaßnahmen im besetzten Gebiet zu mildern seien, sind von Paris aus noch den deutschen Behörden folgende Erklärungen zugesandt worden: 1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung die Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen. 2. Druck- und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt, in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und einem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht. 3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands kann den Personen gewährt werden, die im Besitz eines Passagiergedulds der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind. Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet Elsaß-Lothringens.

Neuer Bergarbeiterstreik in Oberschlesien Deutzen (Oberschlesien), 27. Dezember. Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik ist erneut im Aussehen. Bei der heutigen Arbeit schloß sich die Bergarbeiter von Schwab-Dunisch-Gruben, Kubowitz-Gruben, Knochengrube, Castellengrube und der tschechischen Grube vollständig.

Für die Kriegsgefangenen. Berlin, 26. Dezember. Die Abteilung für Kriegsgefangenenfürsorge vom Roten Kreuz hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf veranlaßt, an das amerikanische Rote Kreuz das dringende Ersuchen zu richten, sich für die als baldige Rücksendung aller deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, insbesondere auch der in Russland befindlichen, bei den Regierungen der beteiligten Staaten auf das Wärmste zu verwenden und bis zu ihrer Rückkehr für die Verbesserung ihrer trostlosen Lage zu sorgen.

Deutschland.
Die Auslegung der Wählerlisten. Berlin, 27. Dezember. Es sei daran erinnert, daß nach der Verordnung zur Abänderung des Reichswahlgesetzes für die Wahl zur versammlunggebenden deutschen Nationalversammlung (Nr. 887), § 2, die Wählerlisten zu jehermanns Einsicht am 30. Dezember auszuliegen sind. Die Dauer der Auslegung beträgt acht Tage, sie reicht also bis zum 6. Januar 1919. Wer in dieser Zeit nicht selbst Einsicht genommen hat oder durch andere Personen hat Einsicht nehmen lassen, muß gewärtig sein, daß er nicht in der Liste steht und sein Wahlrecht daher verliert. Es ist (nach § 8 der Wahlordnung vom 30. November) vor der Auslegung der Wählerlisten in ausgiebiger Weise bekannt zu geben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jehermanns Einsicht ausgelegt werden. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde oder bei einem von ihr ernannten Kommissar schriftlich oder zu Protokoll angeben. Solche Einsprüche sind von den Behörden binnen einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist zu erledigen, also spätestens bis zum 12. Januar.

Freigabe eines gelaperten Dampfers. Der von den Engländern in der Ostsee gelaperte Stettiner Dampfer Anna Lisa ist in Kopenhagen unterbracht worden. Nach der Untersuchung wurden Schiffstatler und Mannschaften freigesprochen. Verkehrseinschränkung in Württemberg. Vom 2. Januar 1919 ab werden auf allen Stationen der Staatsbahnen Württembergs Fahrkarten für Personen- und Schnellzüge an Zivilpersonen nur gegen Vorlegung eines Weiserausweises auszugeben, der auf Antrag eines Weisenden vom Vorstand der Fahrkartenausgabe oder von ihm beauftragten Beamten ausgestellt wird.

Verordnung über die Wahlen zur Volkshammer der Republik Sachsen (Landeswahlgesetz) § 1. Als vorläufige Vertretung des gesamten Volkes der Republik Sachsen wird eine Volkshammer gebildet, die aus 66 Abgeordneten besteht. § 2. 1. Die Mitglieder der Volkshammer werden in allgemeinen unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. 2. Jeder Wähler hat eine Stimme. § 3. 1. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen; Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. 2. Der Wohnsitz in Sachsen ist nicht Voraussetzung für die Wahlberechtigung sächsischer Staatsbeamter und staatlicher Arbeiter, die außerhalb Sachsens ihren dienstlichen Wohnsitz haben, sowie ihrer Angehörigen, die mit ihnen in Familiengemeinschaft leben. § 4. 1. Jeder Wähler ist über unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. § 5. Wahlbar sind alle Wahlberechtigten, die seit mindestens einem Jahre sächsisch Staatsangehörige sind. § 6. 1. Das Staatsgebiet wird in drei Wahlkreise geteilt, die dem 28., 20. und 18. Wahlkreis nach der Anlage zum Reichswahlgesetz vom 20. November 1918 entsprechen. 2. Gewählt werden: im 1. (28.) Wahlkreis (Dresden) 25 Abgeordnete, im 2. (20.) Wahlkreis (Weipitz) 24 Abgeordnete, im 3. (18.) Wahlkreis (Chemnitz) 17 Abgeordnete. § 7. Für das Wahlverfahren gelten im übrigen sinngemäß die Vorschriften des Reichswahlgesetzes vom 20. November 1918, der Wahlordnung vom 11. März 1919 in der Fassung der Verordnung des Staatssekretärs des Innern vom 10. Dezember 1918 (M. V. Nr. 1442) sowie der Ministerialverordnung Nr. 181 I L vom 7. Dezember 1918. (Ges. u. Verordnungsbl. S. 888.)

§ 8. 1. Die durch die Ministerialverordnung vom 7. Dezember 1918 unter 1. genannten Wahlkommissare sind als solche auch für die Wahlen zur Volkshammer tätig. 2. Die Wahlkreise, die Wahlräume, die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter sind dieselben wie bei den Wahlen zur versammlunggebenden deutschen Nationalversammlung, soweit nicht nach dem Einseits der u. d. der Ministerialverordnung vom 7. Dezember 1918 unter 1. 1. unabhängigen Behörden eine Änderung geboten erscheint. § 9. 1. Die Bestimmungen derjenigen Gemeinden, in denen Wählerlisten, die in § 3 Abs. 2. genannten Personen aufzuwachen sind, erfolgt durch das Ministerium des Innern. 2. Die Wählerlisten werden nur in einem Exemplar aufgestellt. Werden durch die Wähler oder durch die für die Wahlen zur versammlunggebenden deutschen Nationalversammlung angeordneten Wahlvorsteher Bedenken, so müssen sie entsprechend den maßgebenden eingetragenen Veränderungen berichtigt oder ergänzt werden. § 10. 1. Die Wählerlisten werden vom 14.—21. Januar 1919 zu jehermanns Einsicht ausgelegt. Ort und Zeit werden vorher unter Hinweis auf die Einspruchsfrist öffentlich bekanntgegeben. 2. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Meeres und der Marine, die nach Ablauf der Auslegungsfrist aus dem Felde heimkehren, ergeht eine besondere Verordnung. 3. Die Wählerliste ist dem Wahlvorsteher zur Benützung bei der Wahl zu übersenden. § 11. 1. Die Bekanntmachung des Wahlkommissars nach § 12 Abs. 1 der Wahlordnung hat spätestens bis zum 4. Januar 1919 zu erfolgen. 2. Die Wahlvorstände sind spätestens am 14. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen. 3. Sind von den zuständigen Behörden keine Abänderungen gemäß § 8 Abs. 2. vorgenommen worden, so kann bei den nach § 10 der Wahlordnung vorgeschriebenen Veröffentlichungen auf die früheren Bekanntmachungen Bezug genommen werden. 4. Am Wahltag ist außer den in § 8 Abs. 4. der Wahlordnung erwähnten Druckstücken ein Auszug dieser Verordnung anzuhängen. § 12. Die Wahlen zur Volkshammer der Republik Sachsen finden am Sonntag, den 2. Februar 1919, statt. § 13. 1. Die Wahlkommission wird von den Wohlfühlbeauftragten der Republik Sachsen einberufen. Sie gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst und regelt das Wahlverfahren. Sie beschließt über die Festsetzung oder Neubildung des Gesamtministeriums und bestimmt im Einvernehmen mit diesem ihre weitere Zuständigkeit und die Dauer ihrer Wirksamkeit. 2. Spätestens am Ablauf des 2. Jahres nach dem Inkrafttreten der Volkshammer finden Neuwahlen statt. § 14. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt sofort in Kraft. Dresden, den 27. Dezember 1918. Gesamtministerium. Dipinski.

Von Nah und Fern.
Im Hochwasser ertrunken. Freiburg i. Br., 27. Dezember. Durch das Hochwasser des Rheins sind die Schiffsbrücken bei Remagen und Pfelsach, und die Brücken bei Salsbad und Ottenheim von der Strömung weggerissen worden. Bei dem letzteren Orte fanden 15—20 Franzosen, die mit Bergungsarbeiten beschäftigt waren, den Tod in den Fluten. Die genaue Zahl der Verunglückten konnte noch nicht ermittelt werden. Druck und Verlag: Weipitzer Buchdruckerei Wittengesellschaft. Jede Nummer umfasst 11 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einlösung von Lebensmittel-Gutscheinen.

Die Einlösungfrist der vom Kriegsunterstützungsamt ausgegebenen Gutscheine zum Ankauf von Lebensmitteln oder Speisemarkten im Werte von 0,30 Mark, die am 28. Dezember d. J. enden sollte, wird bis zum

1. April 1919 verlängert. Die Händler werden ersucht, die Gutscheine bis zu diesem Zeitpunkt auch weiterhin anstandslos in Zahlung zu nehmen. L. M. Verm.-Reg. 941. Leipzig, am 18. Dezember 1918. Der Rat der Stadt Leipzig.

Verkauf von Nährmitteln unter städtischer Aufsicht.

Es werden zugeteilt: 1. an die Marken E und K der neuen allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe D 1, je 100 Gramm Graupen; 2. auf die in einem Streifen abzugebenden Fleischmarken T 1-5 (nicht Sondermarken T 1-5) für die Personen, die darauf kein Fleischfleisch anmelden, je 100 Gramm Graupen.

Der Kleinverkaufspreis beträgt: für 100 Gramm Graupen den 9 Pf., 200 Gramm 18 Pf., 300 Gramm 27 Pf., 400 Gramm 36 Pf., 500 Gramm Graupen 44 Pf.

Bedarfsanmeldung und Abgabe der Marken durch die Verbraucher in den Nährmittelleihabungen bis Montag, den 30. Dezember.

Aufklärung der Marken seitens der einer Obmannschaft angehörenden Kleinhändler an den Obmann Dienstag, den 31. Dezember.

Entnahme der Bezugsscheine in der Bezugskasse durch die Kleinhändler und Obmänner Donnerstag, den 2. Januar 1919 in der bekannten Ordnung. Danach sofort Vorlegung der Bezugsscheine an die Verteilungszentrale für Getreide und Graupen am Schalter 20.

Ausgabe der angemeldeten Graupen durch die Kleinhändler an die Verbraucher vom 10.-14. Januar 1919.

Die Verteilungsordnung für die auf die allgemeine Lebensmittelkarte auszugebenden Lebensmittel vom 1. August 1918, findet gleichfalls Anwendung. Kr.-E.-A. III. Leipzig, am 27. Dezember 1918. Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land.

Gemäß § 51, Abs. 3 der Kassensatzung werden die Gebührentermin- und Beitragszeiten für die Berechnung und Zahlung der Versicherungsbeiträge für das Jahr 1919 wie folgt festgesetzt und zur Beachtung bekanntgegeben:

Termin	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
I.	1. 10 - 4 Wochen	27. 1. 19 - 29. 2. 19 = 4	24. 2. 19 - 26. 3. 19 = 5	31. 3. 19 - 27. 4. 19 = 4	28. 4. 19 - 25. 5. 19 = 5	26. 5. 19 - 23. 6. 19 = 5	30. 6. 19 - 27. 7. 19 = 4	28. 7. 19 - 24. 8. 19 = 4	25. 8. 19 - 22. 9. 19 = 5	23. 9. 19 - 20. 10. 19 = 4	28. 10. 19 - 25. 11. 19 = 4	24. 11. 19 - 22. 12. 19 = 5

Die Kalenderwoche beginnt mit Montag. Auf die Bestimmungen in § 50 der Kassensatzung wird ausdrücklich hingewiesen; freiwillige Versicherung - Versicherungsbeiträge werden auf die Vorschriften in § 51, Abs. 1 und 2, sowie in § 51, Abs. 4 der Satzung besonders aufmerksam gemacht.

Wir weisen darauf hin, daß alle für die Kasse bestimmten Beitragen genau, und zwar an die Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land, Leipzig, Eiferstr. 8, Gartengebäude I, zu richten sind, und daß eine strenge Unterscheidung mit der Anschrift der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig zu beachten ist. Nur so können unliebsame Verzögerungen in der Bestreitung vermieden werden.

Leipzig, am 31. Dezember 1918. Oswald Fischer, Vorsitzender.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Für das Jahr 1919 werden die Zahlungsstermine der Beiträge zur Kranken-, sowie Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wie folgt festgesetzt:

Monat	auslaufend die Zeit:
Januar	vom 30. 12. 18 bis 26. 1. 19 = 4 Wochen
Februar	27. 1. 19 - 23. 2. 19 = 4
März	24. 2. 19 - 30. 3. 19 = 5
April	31. 3. 19 - 27. 4. 19 = 4
Mai	28. 4. 19 - 25. 5. 19 = 5
Juni	26. 5. 19 - 23. 6. 19 = 5
Juli	30. 6. 19 - 27. 7. 19 = 4
August	28. 7. 19 - 24. 8. 19 = 4
September	25. 8. 19 - 22. 9. 19 = 5
Oktober	23. 9. 19 - 20. 10. 19 = 4
November	27. 10. 19 - 24. 11. 19 = 4
Dezember	24. 11. 19 - 22. 12. 19 = 5

Die Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge erfolgt nach § 42 der Satzung, während nach § 1426 der Reichsversicherungsordnung die Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung derjenige Arbeitgeber, welcher den Versicherten in der Kalenderwoche zuerst beschäftigt zu zahlen hat.

Die Versicherungsberechtigten Mitglieder werden auf § 11, Abs. IV, der Kassensatzung hingewiesen. Leipzig, am 29. Dezember 1918.

Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig. Sitzungsstelle der Landesversicherungsanstalt Sachsen. Th. Haladler, Vorsitzender.

Fahrplanänderung.

Von Montag, den 30. Dezember d. J., ab wird Zug 361 W. Leipzig wie folgt verlegt: Leipzig ab 5.30, Borna 5.52, Meissen 6.12, Dresden 6.32, Borsdorf 6.52, Torgau 7.12, Coschütz 7.32, Bismarck 7.52, Leipzig ab 8.12. Leipzig ab 8.12, Coschütz 8.32, Bismarck 8.52, Torgau 9.12, Borsdorf 9.32, Dresden 9.52, Meissen 10.12, Borna 10.32, Leipzig ab 10.52. Leipzig ab 11.00, Dresden 11.15, Leipzig ab 11.30. Leipzig ab 11.45, Dresden 12.00. Leipzig ab 12.15, Dresden 12.30. Leipzig ab 12.45, Dresden 13.00. Leipzig ab 13.15, Dresden 13.30. Leipzig ab 13.45, Dresden 14.00. Leipzig ab 14.15, Dresden 14.30. Leipzig ab 14.45, Dresden 15.00. Leipzig ab 15.15, Dresden 15.30. Leipzig ab 15.45, Dresden 16.00. Leipzig ab 16.15, Dresden 16.30. Leipzig ab 16.45, Dresden 17.00. Leipzig ab 17.15, Dresden 17.30. Leipzig ab 17.45, Dresden 18.00. Leipzig ab 18.15, Dresden 18.30. Leipzig ab 18.45, Dresden 19.00. Leipzig ab 19.15, Dresden 19.30. Leipzig ab 19.45, Dresden 20.00. Leipzig ab 20.15, Dresden 20.30. Leipzig ab 20.45, Dresden 21.00. Leipzig ab 21.15, Dresden 21.30. Leipzig ab 21.45, Dresden 22.00. Leipzig ab 22.15, Dresden 22.30. Leipzig ab 22.45, Dresden 23.00. Leipzig ab 23.15, Dresden 23.30. Leipzig ab 23.45, Dresden 24.00. Leipzig ab 24.15, Dresden 24.30. Leipzig ab 24.45, Dresden 25.00. Leipzig ab 25.15, Dresden 25.30. Leipzig ab 25.45, Dresden 26.00. Leipzig ab 26.15, Dresden 26.30. Leipzig ab 26.45, Dresden 27.00. Leipzig ab 27.15, Dresden 27.30. Leipzig ab 27.45, Dresden 28.00. Leipzig ab 28.15, Dresden 28.30. Leipzig ab 28.45, Dresden 29.00. Leipzig ab 29.15, Dresden 29.30. Leipzig ab 29.45, Dresden 30.00. Leipzig ab 30.15, Dresden 30.30. Leipzig ab 30.45, Dresden 31.00. Leipzig ab 31.15, Dresden 31.30. Leipzig ab 31.45, Dresden 32.00. Leipzig ab 32.15, Dresden 32.30. Leipzig ab 32.45, Dresden 33.00. Leipzig ab 33.15, Dresden 33.30. Leipzig ab 33.45, Dresden 34.00. Leipzig ab 34.15, Dresden 34.30. Leipzig ab 34.45, Dresden 35.00. Leipzig ab 35.15, Dresden 35.30. Leipzig ab 35.45, Dresden 36.00. Leipzig ab 36.15, Dresden 36.30. Leipzig ab 36.45, Dresden 37.00. Leipzig ab 37.15, Dresden 37.30. Leipzig ab 37.45, Dresden 38.00. Leipzig ab 38.15, Dresden 38.30. Leipzig ab 38.45, Dresden 39.00. Leipzig ab 39.15, Dresden 39.30. Leipzig ab 39.45, Dresden 40.00. Leipzig ab 40.15, Dresden 40.30. Leipzig ab 40.45, Dresden 41.00. Leipzig ab 41.15, Dresden 41.30. Leipzig ab 41.45, Dresden 42.00. Leipzig ab 42.15, Dresden 42.30. Leipzig ab 42.45, Dresden 43.00. Leipzig ab 43.15, Dresden 43.30. Leipzig ab 43.45, Dresden 44.00. Leipzig ab 44.15, Dresden 44.30. Leipzig ab 44.45, Dresden 45.00. Leipzig ab 45.15, Dresden 45.30. Leipzig ab 45.45, Dresden 46.00. Leipzig ab 46.15, Dresden 46.30. Leipzig ab 46.45, Dresden 47.00. Leipzig ab 47.15, Dresden 47.30. Leipzig ab 47.45, Dresden 48.00. Leipzig ab 48.15, Dresden 48.30. Leipzig ab 48.45, Dresden 49.00. Leipzig ab 49.15, Dresden 49.30. Leipzig ab 49.45, Dresden 50.00. Leipzig ab 50.15, Dresden 50.30. Leipzig ab 50.45, Dresden 51.00. Leipzig ab 51.15, Dresden 51.30. Leipzig ab 51.45, Dresden 52.00. Leipzig ab 52.15, Dresden 52.30. Leipzig ab 52.45, Dresden 53.00. Leipzig ab 53.15, Dresden 53.30. Leipzig ab 53.45, Dresden 54.00. Leipzig ab 54.15, Dresden 54.30. Leipzig ab 54.45, Dresden 55.00. Leipzig ab 55.15, Dresden 55.30. Leipzig ab 55.45, Dresden 56.00. Leipzig ab 56.15, Dresden 56.30. Leipzig ab 56.45, Dresden 57.00. Leipzig ab 57.15, Dresden 57.30. Leipzig ab 57.45, Dresden 58.00. Leipzig ab 58.15, Dresden 58.30. Leipzig ab 58.45, Dresden 59.00. Leipzig ab 59.15, Dresden 59.30. Leipzig ab 59.45, Dresden 60.00. Leipzig ab 60.15, Dresden 60.30. Leipzig ab 60.45, Dresden 61.00. Leipzig ab 61.15, Dresden 61.30. Leipzig ab 61.45, Dresden 62.00. Leipzig ab 62.15, Dresden 62.30. Leipzig ab 62.45, Dresden 63.00. Leipzig ab 63.15, Dresden 63.30. Leipzig ab 63.45, Dresden 64.00. Leipzig ab 64.15, Dresden 64.30. Leipzig ab 64.45, Dresden 65.00. Leipzig ab 65.15, Dresden 65.30. Leipzig ab 65.45, Dresden 66.00. Leipzig ab 66.15, Dresden 66.30. Leipzig ab 66.45, Dresden 67.00. Leipzig ab 67.15, Dresden 67.30. Leipzig ab 67.45, Dresden 68.00. Leipzig ab 68.15, Dresden 68.30. Leipzig ab 68.45, Dresden 69.00. Leipzig ab 69.15, Dresden 69.30. Leipzig ab 69.45, Dresden 70.00. Leipzig ab 70.15, Dresden 70.30. Leipzig ab 70.45, Dresden 71.00. Leipzig ab 71.15, Dresden 71.30. Leipzig ab 71.45, Dresden 72.00. Leipzig ab 72.15, Dresden 72.30. Leipzig ab 72.45, Dresden 73.00. Leipzig ab 73.15, Dresden 73.30. Leipzig ab 73.45, Dresden 74.00. Leipzig ab 74.15, Dresden 74.30. Leipzig ab 74.45, Dresden 75.00. Leipzig ab 75.15, Dresden 75.30. Leipzig ab 75.45, Dresden 76.00. Leipzig ab 76.15, Dresden 76.30. Leipzig ab 76.45, Dresden 77.00. Leipzig ab 77.15, Dresden 77.30. Leipzig ab 77.45, Dresden 78.00. Leipzig ab 78.15, Dresden 78.30. Leipzig ab 78.45, Dresden 79.00. Leipzig ab 79.15, Dresden 79.30. Leipzig ab 79.45, Dresden 80.00. Leipzig ab 80.15, Dresden 80.30. Leipzig ab 80.45, Dresden 81.00. Leipzig ab 81.15, Dresden 81.30. Leipzig ab 81.45, Dresden 82.00. Leipzig ab 82.15, Dresden 82.30. Leipzig ab 82.45, Dresden 83.00. Leipzig ab 83.15, Dresden 83.30. Leipzig ab 83.45, Dresden 84.00. Leipzig ab 84.15, Dresden 84.30. Leipzig ab 84.45, Dresden 85.00. Leipzig ab 85.15, Dresden 85.30. Leipzig ab 85.45, Dresden 86.00. Leipzig ab 86.15, Dresden 86.30. Leipzig ab 86.45, Dresden 87.00. Leipzig ab 87.15, Dresden 87.30. Leipzig ab 87.45, Dresden 88.00. Leipzig ab 88.15, Dresden 88.30. Leipzig ab 88.45, Dresden 89.00. Leipzig ab 89.15, Dresden 89.30. Leipzig ab 89.45, Dresden 90.00. Leipzig ab 90.15, Dresden 90.30. Leipzig ab 90.45, Dresden 91.00. Leipzig ab 91.15, Dresden 91.30. Leipzig ab 91.45, Dresden 92.00. Leipzig ab 92.15, Dresden 92.30. Leipzig ab 92.45, Dresden 93.00. Leipzig ab 93.15, Dresden 93.30. Leipzig ab 93.45, Dresden 94.00. Leipzig ab 94.15, Dresden 94.30. Leipzig ab 94.45, Dresden 95.00. Leipzig ab 95.15, Dresden 95.30. Leipzig ab 95.45, Dresden 96.00. Leipzig ab 96.15, Dresden 96.30. Leipzig ab 96.45, Dresden 97.00. Leipzig ab 97.15, Dresden 97.30. Leipzig ab 97.45, Dresden 98.00. Leipzig ab 98.15, Dresden 98.30. Leipzig ab 98.45, Dresden 99.00. Leipzig ab 99.15, Dresden 99.30. Leipzig ab 99.45, Dresden 100.00. Leipzig ab 100.15, Dresden 100.30. Leipzig ab 100.45, Dresden 101.00. Leipzig ab 101.15, Dresden 101.30. Leipzig ab 101.45, Dresden 102.00. Leipzig ab 102.15, Dresden 102.30. Leipzig ab 102.45, Dresden 103.00. Leipzig ab 103.15, Dresden 103.30. Leipzig ab 103.45, Dresden 104.00. Leipzig ab 104.15, Dresden 104.30. Leipzig ab 104.45, Dresden 105.00. Leipzig ab 105.15, Dresden 105.30. Leipzig ab 105.45, Dresden 106.00. Leipzig ab 106.15, Dresden 106.30. Leipzig ab 106.45, Dresden 107.00. Leipzig ab 107.15, Dresden 107.30. Leipzig ab 107.45, Dresden 108.00. Leipzig ab 108.15, Dresden 108.30. Leipzig ab 108.45, Dresden 109.00. Leipzig ab 109.15, Dresden 109.30. Leipzig ab 109.45, Dresden 110.00. Leipzig ab 110.15, Dresden 110.30. Leipzig ab 110.45, Dresden 111.00. Leipzig ab 111.15, Dresden 111.30. Leipzig ab 111.45, Dresden 112.00. Leipzig ab 112.15, Dresden 112.30. Leipzig ab 112.45, Dresden 113.00. Leipzig ab 113.15, Dresden 113.30. Leipzig ab 113.45, Dresden 114.00. Leipzig ab 114.15, Dresden 114.30. Leipzig ab 114.45, Dresden 115.00. Leipzig ab 115.15, Dresden 115.30. Leipzig ab 115.45, Dresden 116.00. Leipzig ab 116.15, Dresden 116.30. Leipzig ab 116.45, Dresden 117.00. Leipzig ab 117.15, Dresden 117.30. Leipzig ab 117.45, Dresden 118.00. Leipzig ab 118.15, Dresden 118.30. Leipzig ab 118.45, Dresden 119.00. Leipzig ab 119.15, Dresden 119.30. Leipzig ab 119.45, Dresden 120.00. Leipzig ab 120.15, Dresden 120.30. Leipzig ab 120.45, Dresden 121.00. Leipzig ab 121.15, Dresden 121.30. Leipzig ab 121.45, Dresden 122.00. Leipzig ab 122.15, Dresden 122.30. Leipzig ab 122.45, Dresden 123.00. Leipzig ab 123.15, Dresden 123.30. Leipzig ab 123.45, Dresden 124.00. Leipzig ab 124.15, Dresden 124.30. Leipzig ab 124.45, Dresden 125.00. Leipzig ab 125.15, Dresden 125.30. Leipzig ab 125.45, Dresden 126.00. Leipzig ab 126.15, Dresden 126.30. Leipzig ab 126.45, Dresden 127.00. Leipzig ab 127.15, Dresden 127.30. Leipzig ab 127.45, Dresden 128.00. Leipzig ab 128.15, Dresden 128.30. Leipzig ab 128.45, Dresden 129.00. Leipzig ab 129.15, Dresden 129.30. Leipzig ab 129.45, Dresden 130.00. Leipzig ab 130.15, Dresden 130.30. Leipzig ab 130.45, Dresden 131.00. Leipzig ab 131.15, Dresden 131.30. Leipzig ab 131.45, Dresden 132.00. Leipzig ab 132.15, Dresden 132.30. Leipzig ab 132.45, Dresden 133.00. Leipzig ab 133.15, Dresden 133.30. Leipzig ab 133.45, Dresden 134.00. Leipzig ab 134.15, Dresden 134.30. Leipzig ab 134.45, Dresden 135.00. Leipzig ab 135.15, Dresden 135.30. Leipzig ab 135.45, Dresden 136.00. Leipzig ab 136.15, Dresden 136.30. Leipzig ab 136.45, Dresden 137.00. Leipzig ab 137.15, Dresden 137.30. Leipzig ab 137.45, Dresden 138.00. Leipzig ab 138.15, Dresden 138.30. Leipzig ab 138.45, Dresden 139.00. Leipzig ab 139.15, Dresden 139.30. Leipzig ab 139.45, Dresden 140.00. Leipzig ab 140.15, Dresden 140.30. Leipzig ab 140.45, Dresden 141.00. Leipzig ab 141.15, Dresden 141.30. Leipzig ab 141.45, Dresden 142.00. Leipzig ab 142.15, Dresden 142.30. Leipzig ab 142.45, Dresden 143.00. Leipzig ab 143.15, Dresden 143.30. Leipzig ab 143.45, Dresden 144.00. Leipzig ab 144.15, Dresden 144.30. Leipzig ab 144.45, Dresden 145.00. Leipzig ab 145.15, Dresden 145.30. Leipzig ab 145.45, Dresden 146.00. Leipzig ab 146.15, Dresden 146.30. Leipzig ab 146.45, Dresden 147.00. Leipzig ab 147.15, Dresden 147.30. Leipzig ab 147.45, Dresden 148.00. Leipzig ab 148.15, Dresden 148.30. Leipzig ab 148.45, Dresden 149.00. Leipzig ab 149.15, Dresden 149.30. Leipzig ab 149.45, Dresden 150.00. Leipzig ab 150.15, Dresden 150.30. Leipzig ab 150.45, Dresden 151.00. Leipzig ab 151.15, Dresden 151.30. Leipzig ab 151.45, Dresden 152.00. Leipzig ab 152.15, Dresden 152.30. Leipzig ab 152.45, Dresden 153.00. Leipzig ab 153.15, Dresden 153.30. Leipzig ab 153.45, Dresden 154.00. Leipzig ab 154.15, Dresden 154.30. Leipzig ab 154.45, Dresden 155.00. Leipzig ab 155.15, Dresden 155.30. Leipzig ab 155.45, Dresden 156.00. Leipzig ab 156.15, Dresden 156.30. Leipzig ab 156.45, Dresden 157.00. Leipzig ab 157.15, Dresden 157.30. Leipzig ab 157.45, Dresden 158.00. Leipzig ab 158.15, Dresden 158.30. Leipzig ab 158.45, Dresden 159.00. Leipzig ab 159.15, Dresden 159.30. Leipzig ab 159.45, Dresden 160.00. Leipzig ab 160.15, Dresden 160.30. Leipzig ab 160.45, Dresden 161.00. Leipzig ab 161.15, Dresden 161.30. Leipzig ab 161.45, Dresden 162.00. Leipzig ab 162.15, Dresden 162.30. Leipzig ab 162.45, Dresden 163.00. Leipzig ab 163.15, Dresden 163.30. Leipzig ab 163.45, Dresden 164.00. Leipzig ab 164.15, Dresden 164.30. Leipzig ab 164.45, Dresden 165.00. Leipzig ab 165.15, Dresden 165.30. Leipzig ab 165.45, Dresden 166.00. Leipzig ab 166.15, Dresden 166.30. Leipzig ab 166.45, Dresden 167.00. Leipzig ab 167.15, Dresden 167.30. Leipzig ab 167.45, Dresden 168.00. Leipzig ab 168.15, Dresden 168.30. Leipzig ab 168.45, Dresden 169.00. Leipzig ab 169.15, Dresden 169.30. Leipzig ab 169.45, Dresden 170.00. Leipzig ab 170.15, Dresden 170.30. Leipzig ab 170.45, Dresden 171.00. Leipzig ab 171.15, Dresden 171.30. Leipzig ab 171.45, Dresden 172.00. Leipzig ab 172.15, Dresden 172.30. Leipzig ab 172.45, Dresden 173.00. Leipzig ab 173.15, Dresden 173.30. Leipzig ab 173.45, Dresden 174.00. Leipzig ab 174.15, Dresden 174.30. Leipzig ab 174.45, Dresden 175.00. Leipzig ab 175.15, Dresden 175.30. Leipzig ab 175.45, Dresden 176.00. Leipzig ab 176.15, Dresden 176.30. Leipzig ab 176.45, Dresden 177.00. Leipzig ab 177.15, Dresden 177.30. Leipzig ab 177.45, Dresden 178.00. Leipzig ab 178.15, Dresden 178.30. Leipzig ab 178.45, Dresden 179.00. Leipzig ab 179.15, Dresden 179.30. Leipzig ab 179.45, Dresden 180.00. Leipzig ab 180.15, Dresden 180.30. Leipzig ab 180.45, Dresden 181.00. Leipzig ab 181.15, Dresden 181.30. Leipzig ab 181.45, Dresden 182.00. Leipzig ab 182.15, Dresden 182.30. Leipzig ab 182.45, Dresden 183.00. Leipzig ab 183.15, Dresden 183.30. Leipzig ab 183.45, Dresden 184.00. Leipzig ab 184.15, Dresden 184.30. Leipzig ab 184.45, Dresden 185.00. Leipzig ab 185.15, Dresden 185.30. Leipzig ab 185.45, Dresden 186.00. Leipzig ab 186.15, Dresden 186.30. Leipzig ab 186.45, Dresden 187.00. Leipzig ab 187.15, Dresden 187.30. Leipzig ab 187.45, Dresden 188.00. Leipzig ab 188.15, Dresden 188.30. Leipzig ab 188.45, Dresden 189.00. Leipzig ab 189.15, Dresden 189.30. Leipzig ab 189.45, Dresden 190.00. Leipzig ab 190.15, Dresden 190.30. Leipzig ab 190.45, Dresden 191.00. Leipzig ab 191.15, Dresden 191.30. Leipzig ab 191.45, Dresden 192.00. Leipzig ab 192.15, Dresden 192.30. Leipzig ab 192.45, Dresden 193.00. Leipzig ab 193.15, Dresden 193.30. Leipzig ab 193.45, Dresden 194.00. Leipzig ab 194.15, Dresden 194.30. Leipzig ab 194.45, Dresden 195.00. Leipzig ab 195.15, Dresden 195.30. Leipzig ab 195.45, Dresden 196.00. Leipzig ab 196.15, Dresden 196.30. Leipzig ab 196.45, Dresden 197.00. Leipzig ab 197.15, Dresden 197.30. Leipzig ab 197.45, Dresden 198.00. Leipzig ab 198.15, Dresden 198.30. Leipzig ab 198.45, Dresden 199.00. Leipzig ab 199.15, Dresden 199.30. Leipzig ab 199.45, Dresden 200.00. Leipzig ab 200.15, Dresden 200.30. Leipzig ab 200.45, Dresden 201.00. Leipzig ab 201.15, Dresden 201.30. Leipzig ab 201.45, Dresden 202.00. Leipzig ab 202.15, Dresden 202.30. Leipzig ab 202.45, Dresden 203.00. Leipzig ab 203.15, Dresden 203.30. Leipzig ab 203.45, Dresden 204.00. Leipzig ab 204.15, Dresden 204.30. Leipzig ab 204.45, Dresden 205.00. Leipzig ab 205.15, Dresden 205.30. Leipzig ab 205.45, Dresden 206.00. Leipzig ab 206.15, Dresden 206.30. Leipzig ab 206.45, Dresden 207.00. Leipzig ab 207.15, Dresden 207.30. Leipzig ab 207.45, Dresden 208.00. Leipzig ab 208.15, Dresden 208.30. Leipzig ab 208.45, Dresden 209.00. Leipzig ab 209.15, Dresden 209.30. Leipzig ab 209.45, Dresden 210.00. Leipzig ab 210.15, Dresden 210.30. Leipzig ab 210.45, Dresden 211.00. Leipzig ab 211.15, Dresden 211.30. Leipzig ab 211.45, Dresden 212.00. Leipzig ab 212.15, Dresden 212.30. Leipzig ab 212.45, Dresden 213.00. Leipzig ab 213.15, Dresden 213.30. Leipzig ab 213.45, Dresden 214.00. Leipzig ab 214.15, Dresden 214.30. Leipzig ab 214.45, Dresden 215.00. Leipzig ab 215.15, Dresden 215.30. Leipzig ab 215.45, Dresden 216.00. Leipzig ab 216.15, Dresden 216.30. Leipzig ab 216.45, Dresden 217.00. Leipzig ab 217.15, Dresden 217.30. Leipzig ab 217.45, Dresden 218.00. Leipzig ab 218.15, Dresden 218.30. Leipzig ab 218.45, Dresden 219.00. Leipzig ab 219.15, Dresden 219.30. Leipzig ab 219.45, Dresden 220.00. Leipzig ab 220.15, Dresden 220.30. Leipzig ab 220.45, Dresden 221.00. Leipzig ab 221.15, Dresden 221.30. Leipzig ab 221.45, Dresden 222.00. Leipzig ab 222.15, Dresden 222.30. Leipzig ab 222.45, Dresden 223.00. Leipzig ab 223.15, Dresden 223.30. Leipzig ab 223.45, Dresden 224.00. Leipzig ab 224.15, Dresden 224.30. Leipzig ab 224.45, Dresden 225.00. Leipzig ab 225.15, Dresden 225.30. Leipzig ab 225.45, Dresden 226.00. Leipzig ab 226.15, Dresden 226.30. Leipzig ab 226.45, Dresden 227.00. Leipzig ab 227.15, Dresden 227.30. Leipzig ab 227.45, Dresden 228.00. Leipzig ab 228.15, Dresden 228.30. Leipzig ab 228.45, Dresden 229.00. Leipzig ab 229.15, Dresden 229.30. Leipzig ab 229.45, Dresden 230.00. Leipzig ab 230.15, Dresden 230.30. Leipzig ab 230.45, Dresden 231.00. Leipzig ab 231.15, Dresden 231.30. Leipzig ab 231.45, Dresden 232.00. Leipzig ab 232.15, Dresden 232.30. Leipzig ab 232.45, Dresden 233.00. Leipzig ab 233.15, Dresden 233.30. Leipzig ab 233.45, Dresden 234.00. Leipzig ab 234.15, Dresden 234.30. Leipzig ab 234.45, Dresden 235.00. Leipzig ab 235.15, Dresden 235.30. Leipzig ab 235.45, Dresden 236.00. Leipzig ab 236.15, Dresden 236.30. Leipzig ab 236.45, Dresden 237.00. Leipzig ab 237.15, Dresden 237.30. Leipzig ab 237.45, Dresden 238.00. Leipzig ab 238.15, Dresden 238.30. Leipzig ab 238.45, Dresden 239.00. Leipzig ab 239.15, Dresden 239.30. Leipzig ab 239.45, Dresden 240.00. Leipzig ab 240.15, Dresden 240.30. Leipzig ab 240.45, Dresden 241.00. Leipzig ab 241.15, Dresden 241.30. Leipzig ab 241.45, Dresden 242.00. Leipzig ab 242.15, Dresden 242.30. Leipzig ab 242.45, Dresden 243.00. Leipzig ab 243.15, Dresden 243.30. Leipzig ab 243.45, Dresden 244.00. Leipzig ab 244.15, Dresden 244.30. Leipzig ab 244.45, Dresden 245.00. Leipzig ab 245.15, Dresden 245.30. Leipzig ab 245.45, Dresden 246.00. Leipzig ab 246.15, Dresden 246.30. Leipzig ab 246.45, Dresden 247.00. Leipzig ab 247.15, Dresden 247.30. Leipzig ab 247.45, Dresden 248.00. Leipzig ab 248.15, Dresden 248.30. Leipzig ab 248.45, Dresden 249.00. Leipzig ab 249.15, Dresden 249.30. Leipzig ab 249.45, Dresden 250.00. Leipzig ab 250.15, Dresden 250.30. Leipzig ab 250.45, Dresden 251.00. Leipzig ab 251.15, Dresden 251.30. Leipzig ab 251.45, Dresden 252.00. Leipzig ab 252.15, Dresden 252.30. Leipzig ab 252.45, Dresden 253.00. Leipzig ab 253.15, Dresden 253.30. Leipzig ab 253.45, Dresden 254.00. Leipzig ab 254.15, Dresden 254.30. Leipzig ab 254.45, Dresden 255.00. Leipzig ab 255.15, Dresden 255.30. Leipzig ab 255.45, Dresden 256.00. Leipzig ab 256.15, Dresden 256.30. Leipzig ab 256.45, Dresden 257.00. Leipzig ab 257.15, Dresden 257.30. Leipzig ab 257.45, Dresden 258.00. Leipzig ab 258.15, Dresden 258.30. Leipzig ab 258.45, Dresden 259.00. Leipzig ab 259.15, Dresden 259.30. Leipzig ab 259.45, Dresden 260.00. Leipzig ab 260.15, Dresden 260.30. Leipzig ab 260.45, Dresden 261.00. Leipzig ab 261.15, Dresden 261.30. Leipzig ab 261.45, Dresden 262.00. Leipzig ab 262.15, Dresden 262.30. Leipzig ab 262.45, Dresden 263.00. Leipzig ab 263.15, Dresden 263.30. Leipzig ab 263.45, Dresden 264.00. Leipzig ab 264.15, Dresden 264.30. Leipzig ab 264.45, Dresden 265.00. Leipzig ab 265.15, Dresden 265.30. Leipzig ab 265.45, Dresden 266.00. Leipzig ab 266.15, Dresden 266.30. Leipzig ab 266.45, Dresden 267.00. Leipzig ab 267.15, Dresden 267.30. Leipzig ab 267.45, Dresden 268.00. Leipzig ab 268.15, Dresden 268.30. Leipzig ab 268.45

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Dezember.

Geschichtskalender. 28. Dezember 1812: Der Komponist Julius Rich in Berlin geboren († 1877). 1818: Der Chemiker Karl Remigius Fresenius in Frankfurt a. M. geboren († 1897). 1824: Der Arbeiterorganisator Stephan Horn in Ussa geboren. 1848: Das Frankfurter Parlament beschließt die deutschen Grundrechte. 1850: Der englische Geschichtsschreiber Thomas Babington Lord Macaulay in Rothley in Kenilington gestorben (* 1800). 1908: Großes Erdbeben in Unteritalien und auf Sizilien: Zerstörung der Städte Messina und Reggio. 1916: Der Musiker Eduard Strauß in Wien gestorben (* 1835).

Sonnenaufgang 8,13, Sonnenuntergang 3,40. Mondaufgang 8,2, vorm., Monduntergang 12,20 nachm.

Parteiangelegenheiten.

Parteiliedungsstunde.

Sonntag, den 29. Dezember, 1/10 Uhr vormittags, im Volkshaus, Zimmer 9, Parteiliedungsstunde.

Heute und morgen Flugblattverbreitung.

Die Genossen vom Zentrum treffen sich im Restaurant Apfelbaum, Burgstraße 7; Nordbezirk im Restaurant Apfelbaum, Berliner Straße 84.

12. Kreis, Süden. Die Genossen und Genossinnen treffen sich zur Flugblattverbreitung am Sonntag, 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Westen II. Bezirksleitung, Restaurant Meyer, Mansfelder Steinweg, Ecke Fährstraße, Sonntag abend 7 Uhr.

Südost-Bezirk (Thonberg, Neureudnitz, Süditz). Zusammenkunft der Parteigenossen, Funktionäre und Feldgrauen, die sich zur Verfügung gestellt haben, Sonntag, 10 Uhr vormittags, Süditz, Restaurant Seyne. Die Feldgrauen, die sich noch nicht gemeldet haben, sind ganz besonders eingeladen.

Süditz. Sonntag früh 8 Uhr treffen sich die Genossen und Genossinnen alle in der Bibliothek Glasstraße zur Flugblattverbreitung.

Kleinjochter. Parteigenossen und Feldgrauen! Sonntag früh 8 Uhr in der Bibliothek, Gieserstraße.

Heute abend 7 Uhr: Frauenversammlung in Sanssouci. Referat in Genossin Zick. Erscheint in Massen!

Montag, 30. Dezember, abends 8 Uhr: Sitzung der Funktionärinnen im Volkshaus.

Die Werbearbeit der Demokraten im Rathause.

Kürzlich berichteten wir, daß im Leipziger Rathause die Demokraten ganz nach altem Muster ihre Stellungen in der Verwaltung dazu mißbrauchen, ihre „Untergebenen“ politisch zu beeinflussen. Es sind ja meist gut bürgerlich-patriotische, jetzt demokratisch gesinnte Abteilungsleiter, die in den ihnen unterstellten Abteilungen Listen der demokratischen Partei zirkulieren lassen, damit sich die nachgeordneten Organe für die neue Partei einschreiben lassen können. Als wir auf diesen unzulässigen Mißbrauch der Amtstellung jener Elemente aufmerksam machten, konnten keine näheren Angaben gemacht werden; doch wurde vom Oberbürgermeister versichert, daß im Rathause keinerlei Propaganda für eine bestimmte Partei getrieben werden dürfe. Die Demokraten im Rathause kümmern sich aber nicht um die Anweisungen des Oberbürgermeisters, sie treiben vielmehr ihre Werbearbeit in den Büros des Rathauses ruhig weiter. Bis zum 28. Dezember ist z. B. im Tiefbauamt eine Liste der demokratischen Partei umhergereicht worden, die vom Abteilungsleiter Grotmann angelegt ist. Auf der Liste steht der Vermerker, Bauinspektor Frey habe nicht gegen den Umlauf der Liste einzumenden. Die Liste ist eines von den durch und durch verlogenen Flugblättern der demokratischen Partei angeheftet, in dem behauptet wird, die „neuen Machthaber“ seien schuld an der Lebensmittelnot und an dem Kohlemangel. Mit diesen Klagen wollen die Drahtzieher der demokratischen Partei ihre Schuld an der Not des Volkes abstreiten, was ihnen freilich nicht gelingt. Bezeichnend aber ist, daß diese Propaganda sozialistisch oder halbamtlich getrieben wird. Man wird sich die Namen dieser Herren merken müssen. Den Angestellten im Rathause aber muß gesagt werden, daß sie sich keinesfalls von ihren sogenannten Vorgesetzten politisch beeinflussen lassen dürfen. Diese Vorgesetzten haben den Angestellten in politischer Beziehung gar nichts zu sagen. Außerdem wird auch unter diesen demokratischen Vorgesetzten für Ordnung gesorgt werden, das können sich die Herrschaften gefaßt sein lassen.

Eine Sympathieumgebung für die Berliner Freieisler.

Auf 27. Dezember hatte der Leipziger A. und S.-Rat eine Solatenversammlung nach dem Zentraltheater einberufen, in der über den Nützlichkeitskongress in Berlin berichtet wurde. Die Versammlung war gut besucht. An Stelle des verhinderten Genossen Zeger hatte Kamerad Dietrich das Referat übernommen. Er übte an dem Kongress scharfe Kritik, wobei er besonders hervorhob, daß der Kongress Beschlüsse gefaßt hat, die die Existenz der A. und S.-Räte aufheben. Genosse Dietrich beleuchtete die politische Situation und wies darauf hin, daß als Folge der immer stärker ansteigenden wirtschaftlichen Not des Volkes, die politische Stimmung mehrheitlich immer radikaler werde. Die Berliner Vorgänge beweisen, was das Volk von den Gegenrevolutionären aller Schattierungen zu erwarten hat. In der Diskussion sprachen die Kameraden Hofmann, Edelmann und Walter im Sinne der ersten Redner. Dem Kamerad Dietrich wurde eine Entschliessung eingebracht, in der sich die versammelten Soldaten der Garnison Leipzig mit dem Urteil des Leipziger A. und S.-Rates über den Nützlichkeitskongress in Berlin einverstanden erklären. Weiter drückt die Resolution den tapferen Matrosen, Soldaten und Arbeitern von Berlin, die in den letzten Tagen für die Volksfreiheit gegen die Konterrevolution gekämpft haben, die Sympathie der Leipziger Soldaten aus. Abschließend wird in der Resolution verlangt, daß die A. und S.-Räte zur Durchföhrung der sozialistischen Gesellschaft die politische Macht weiter behalten müssen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Dietrich faßte die Meinung der Versammelten dahin zusammen, daß auch die Soldaten in Leipzig bereit seien, die Errungenschaften der Revolution gegen alle reaktionären Anschläge mit allen Mitteln zu verteidigen und alle Kräfte einzusetzen für die Fortföhrung der Revolution. Dem stimmten die Versammelten mit lebhaftem Beifall zu.

Ein Flugblatt überlicher Sorte

wird in Leipzig an die Wählerinnen verbreitet. Es handelt sich um ein antisemitisch-kapitalistisches Kreier und enthält die

größten Klagen über die Sozialdemokratie. In all dem Gland, das die imperialistischen Kriegstreiber verursacht haben, soll die Sozialdemokratie schuld sein. Verlangt wird der freie Handelsverkehr, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern. Dabei würde die arme Bevölkerung beim „freien Handelsverkehr“ gänzlich verhungern. Aber diese eine Forderung beweist, welche Kreise hinter dem Wahnpapier stehen. Es sind die Kriegsgewinnler, die Droschen, die vor dem Sozialismus zittern, weil er der kapitalistischen Ausbeutung und ihrem Schicksalserleben auf Kosten des arbeitenden Volkes ein Ende macht. Die Kapitalisten hoffen, daß die Frauen gegen den Sozialismus und für Aufrechterhaltung ihrer Schandwirtschaft stimmen werden. In diesem Zweck wird die sozialistische Bewegung in der schamlosesten Weise verleumdert. Die Herren irren sich aber. Die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse werden am Wahltag nicht den Kapitalismus unterstützen. Nicht der Sozialismus, sondern die Kaff- und Erberoberung der Kapitalisten hat das deutsche Volk in dieses grenzenlose Elend gebracht. Dadurch ist die Ernährung gefährdet, Arbeitslosigkeit herbeigeföhrt, die Familie zerstört und die Kindererziehung untergraben worden. Aus diesem tiefem Sumpfe will der Sozialismus die Bevölkerung emporziehen. Daher gehören am Wahltag alle Stimmen der Arbeiterklasse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Ueber 30000 neue Abonnenten

hat die Leipziger Volkszeitung in den letzten Monaten zu verzeichnen. Zahlreiche Neubestellungen liegen bereits für Januar vor. Die Auflage steigt andauernd. Die Leipziger Volkszeitung erregt sich in immer größerem Maße das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung. Sie ist die zuverlässigste Kämpferin für die Sicherung der sozialistischen Republik und bringt dem Proletariat die so notwendige Aufklärung. Werbt deshalb neue Abonnenten!

für die Leipziger Volkszeitung.

Die Hundepelzche in Rumänien.

In Rumänien haben sich einzelne Herren als Vorgesetzte deutscher Truppen standlos Uebergriffe gegen die Bevölkerung erlaubt. Ueber das Schreckenregiment des Feldwebels Horstig aus Zwickau, der jetzt im Amtsgericht in Zwickau tätig ist, wird uns von einem Augenzeugen berichtet: Ein Rumäne hatte Waren geschmuggelt und war entwischt. Feldwebel Horstig gab den Befehl, in dem Hause dieses Rumänen alles festzunehmen. Die Frau und ein 13jähriger Knabe wurden dem Herrn vorgeföhrt, der darauf die Frau mit der Hundepelzche schlug. Am andern Tage gelte sie dem Leutnant Joachim aus Leipzig, der in Eutrich eine Wollfabrik besitzt, die Erlaunen. Auch eine andre Frau hat dieser Feldwebel mit der Hundepelzche mißhandelt. Dann war eine Rumäne wegen Zuzugelns verhaftet worden. Er wollte kein Geständnis ablegen. Darauf gab Feldwebel Horstig den Befehl, eine Schüssel mit kaltem Wasser zu holen. In die mußte sich der Rumäne hineinsetzen, und darauf wurde er von dem Feldwebel mit der Hundepelzche bearbeitet. Ein weiterer Fall ist noch ärger. Zwei Schmuggler wurden verhaftet; sie widersetzten sich, worauf auf sie mit dem Gewehrfeuer scharfbar eingeschlagen wurde. Am nächsten Tage mißhandelte man sie mit der Hundepelzche, weil sie nicht gestehen wollten. Als der Stadtsarzt kam, um sie zu untersuchen, meinte der menschenfreundliche Leutnant Joachim, es wäre besser gewesen, wenn man die beiden Rumänen ganz festgehalten hätte! Feldwebel Horstig ließ, um ein Geständnis zu erpressen, die beiden Rumänen an den Gartenzwanz stellen und die Gewehre auf sie richten! Dann mußte sie ein Dolmetscher austragen. In ihrer Todesangst legten sie ein Geständnis ab, worauf sie nach dem Gefängnis geführt wurden. Solch eine Pein ist menschenfeindlich, wie es Horstig ist, muß natürlich sofort zur Verantwortung gezogen werden. Er hätte seinen sadistischen Reizunverstand nachsehen können, wenn Leutnant Joachim seine Pflicht erfüllt hätte. Auch gegen ihn muß unbedingt eingeschritten werden.

Flugblattverbreitung.

Morgen Sonntag, früh 9 Uhr, finden sich die Genossen und Genossinnen in den ihnen bekannten Lokalen zur Flugblattverbreitung ein. Tue jeder seine Pflicht!

Zur Ernährungsfrage des Volkes.

Man schreibt uns: Es wird so viel über Mangel an Nahrungsmitteln geklagt, ob mit Recht? Ich bezweifle das! Ich habe die Ueberzeugung, daß es Nahrungsmittel genug gibt; nur die Kontrolle ist nicht so, wie sie sein sollte. Derartige Verordnungen, Phantastereien, wie sie jetzt noch gefordert werden, hätte man, unter diesem Regiment, wohl schon erwartet! Hühnerfleisch, in der Eisenbahnstraße bei der Glauken, zum Preise von sage und schreibe: 12 Mark!!! Ein deutsches Huhn erzielt höchstens ein Gewicht von 3 bis 3 1/2 Pfund und kostet daher den respektablen Preis von 40 Mk. In demselben Laden: Wurst — das reine Dunsdefutter — das Viertelpfund 3,25 bis 3,50 Mk., das Pfund demnach zu 12—14 Mk. Auf Vorhalt bekam ich zur Rechtfertigung zu hören, es wäre ausländisches Fleisch! Der Laden nebenan macht wieder sein Geschäft in dem famosen Mollen-Eisweiß, das Pfund zu 1,80 Mk.

Daß ein Mangel an Nahrungsmitteln besteht, ist zweifellos. Gleich ist die Erfassung noch nicht so wie sie sein sollte; aber die Republik hat auf diesem Gebiete eine helllos verahrene Wirtschaft übernommen müssen, die sich nicht sofort ändern läßt. Die Arbeiter- und Soldatenräte lassen es auch an der erforderlichen Kontrolle nicht fehlen. Es werden Samstagsmessen angesetzt, und es sind bereits eine Menge Nahrungsmittel der Allgemeinheit zugeföhrt worden. In der Hauptsache — tranten wir aber daran, daß wir zu wenig Nahrungsmittel haben.

Apothekensucher oder Kommunalapotheker?

Man schreibt uns: Der Artikel: „Im Wohl der leidenden Menschheit ist äußerster Notwendigkeit und verdient das Interesse der breitesten Schichten. Es ist direkt ein Widerspruch, daß lateinisch geschriebene Rezepte teuer sein sollen, nur weil der Kranke nicht weiß, was er verwendet erhält. Die von dem Einsender gegebenen Beispiele liegen sich in erschreckender Weise ins Unendliche vermehren. Die Presse für

Arzneimittel sind unumgänglich so hoch, daß es geradezu eine Unmöglichkeit für den Minderbemittelten ist, sich im Falle einer Erkrankung mit Arzneimitteln zu versehen. Was schert das den Apothekenbesitzer, wenn sich nur sein Geldbad füllt! Der Apothekenbesitzer verdient aber nicht nur in der Apotheke, sondern auch an der Apotheke, denn der Preis einer Apotheke ergibt sich aus dem acht bis zehnfachen des Arzneimittelpreises. Das Publikum muß also mit seinem Geldbeutel den Apothekenbesitzer unterstützen; ebenso werden die Krankenkassen ungeheuer belastet. Während der Zeit der Grippe-epidemie ist für die Apotheken ein Goldregen heruntergeprassel. Demgegenüber tun die Apothekenbesitzer nichts in sozialer Hinsicht. Die Angestellten erhalten heute noch mehr Hungerlöhne. Im Interesse der Volksgesundheit liegt es, auch die Apothekenbetriebe so bald als möglich in den Besitz der Kommune zu überführen. Nur so wird den Angestellten und dem arbeitsbedürftigen Publikum am besten gedient.

An die Mitglieder der Arbeiter-Sportvereine.

Vom Arbeiter-Turnerbund wird uns geschrieben: Am Trüben zu sitzen versuchen jetzt die bürgerlichen Sportvereine, indem sie unter dem heuchlerischen Vorwand, daß sie schon immer demokratisch gewesen seien, die Arbeiter-Sportvereine an sich zu ziehen suchen. Auf einmal haben sie erkannt, daß sie nur unter einem widerwärtigen Zwange von oben sich an den Bestrebungen des Jungheuschreckensbundes, der Augenweiden mit ihrer militärischen Erziehung, an dem ganzen chauvinistischen, monarchistischen Kummel beteiligt haben und jetzt froh wären, von diesem unheilvollen Zwang befreit zu sein. Da ihnen der Zugang zur gegenwärtigen Regierung gesperrt ist, versuchen sie einen Weg über die Arbeiter-Sportvereine zu finden, indem sie diese für ihre Zwecke einzufangen suchen. Leider haben sie auch schon Unheil in Arbeiter-Turnvereinen angerichtet, die durch die politische Umwandlung alle Schranken zwischen uns und jener gefallen sehen. Diese Arbeiter übersehen, was uns trennte und noch trennt: den Klassenunterschied, das politische Glaubensbekenntnis. Die Arbeiter-Sportvereine rekrutieren sich aus sozialistisch denkenden Arbeiterkreisen, die bürgerlichen Sportvereine aus dem indifferenten Mittelschicht des Bürgertums. Die Arbeiterturner lehnen es ganz entschieden ab, mit jener Gesellschaft gemeinschaftliche Sache zu machen. Sie betrachten jene als ihre natürlichen Gegner, aus deren Reihen es jetzt die zu holen gilt, die als Arbeiter in die Arbeiter-Sportvereine gehören.

Haushälter.

Die notwendig es ist, den Hamstern das Handwerk zu legen, beweist ein Protokoll über die auf dem Mittaggut des Herrn v. Hellendorff in Schwerecht am 6. und 7. Dezember d. J. vorgenommene Hausdurchsichtigung. In ihm werden zuerst Verträge gegen die Bestimmungen über die Hausdurchsichtigungen und über die Führung der Bücher angeführt. Da heißt es:

Die Hausdurchsichtigung im Revolvergebäude ergab folgendes: 28 Stangen Wurst (Gewicht ungefähr 3—4 Zentner), 5 Speckseiten, 5 Rippenstücke, 3 Sack Graupen, 1 Sack und 4 große Köpfe eingepökeltes Fleisch, ungefähr 10 Pfund Butter, mehrere Gläser eingelegtes Fleisch und verschiedene kleine Pasten Lebensmittel. Nach Versicherung der Frau Inspektor, keine Lebensmittel mehr zu haben; wurden nach weiterer Hausdurchsichtigung in der Küchenammer fünf Speckseiten, 3 Rippenstücke, 2 Gänsebrüste und verstedt unter Kraut und Wurzeln gefunden: 1 Sack gepökeltes Rindfleisch (ungefähr 1 Zentner), im Kuchenschrank 1 Sack gutes Rindfleisch. Im Kuchenschrank der Bremerlei, hinter der Tischlerwerkstatt, deren Tür durch Freizey und Bohlen verstellt war, wurden festgesetzt etwa 20—30 Reutner: gute Gerste, 5 Sack weißes Mehl, 4 eingelebte Schinken und ungefähr 30 Pfund Zucker.

In der Scheune links vom Verwaltungsgebäude befanden sich große Vorräte von Saatgetreide, 11 Sack Weizen, 2 Sack Weizen, zehn Zentner Weizen, 15 Zentner Gerste. Nach Angabe des Futtermeisters wird dies zum Verfüttern für das Vieh benutzt. Ferner wurden vorgefunden: 15—20 Zentner halber verkauftes Kraut.

Im Garten wurden drei Wicken Gemüße festgestellt. Die Kohlenbestände des Mittagzuges sind enorm. Im Herrschaftshaus wurden festgesetzt 1 1/2 Seiten Speck, 4 Köpfe mit Glern (je 80 Stück) 3 Pfundpatete Polmin, 20 Wäschlein eingelebte Gänse, Enten, Rebhühner usw., 7 Köpfe Schmalz, ca. 150 Pfund eingelebtes Obst, 5 geräucherter kleine Reuten, 2 Sack, ca. 40 Zentner Kartoffeln, 110 Pfund Zucker und eine kleinere Menge Butter.

Nach Angabe des Inspektors und Bürgermeister sind die Kartoffeln bei der Aufnahme in den Mieten am Gut und im Keller auf 4200 Zentner geschätzt und bei der Bezirksdirektion angemeldet. Die Hausdurchsichtigungsmission glaubt aber die Menge höher einschätzen zu müssen. Nach weiterer Untersuchung im Felde wurde eine Kartoffelmiete von ca. 14 Meter Länge, 1 1/2 Meter Breite und über 1 Meter Höhe festgesetzt. Der Inhalt wird auf ungefähr 200—250 Zentner geschätzt. Diese Kartoffeln sind nach Angabe des Inspektors verheimlicht worden. Von der Kommission wurde festgestellt, daß schon ein großer Teil der Kartoffeln verborben sind.

Während ein großer Teil der Bevölkerung hungert, werden hier die Nahrungsmittel ausgepackt. Man läßt sie eher verderben, als daß man sie abgibt. Wegen solcher Verbrecher kann nicht scharf genug eingeschritten werden.

Lebensmittelkalender für Montag, den 30. Dezember.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Graupen: Letzter Tag — abzugeben 3 E und K der Lebensmittelkarte D 1 und Fleischmarkenstreifen T 1—5. Ausgabe. Butter: Letzter Tag — bestellt mit Landesfestmarken T 1 und Sondermarken für 24. bis 30. Dezember 1918.

Für Händler. Eier: Markenablieferung durch die Kleinhändler. Butter: Bezugskartenentnahme durch die Kleinhändler und Abgabe beim Großhändler.

Nächsten Dienstag Fleischausgabe. Erinnerung wird daran, daß mit Rücksicht auf das Neujahrsfest das mit den Marken 8 angemeldete Fleisch statt planmäßig erst am Sonnabend, dem 4. Januar, bereits am Dienstag, dem 31. Dezember, beim Fleischer zu entnehmen ist.

Dr. Jund amtsüblich. Die das Leipziger Tageblatt berichtet, hat sich der bisherige Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Stadt, Dr. Jund, aus „berühmten Gründen“ entschlossen, sein Mandat für die Nationalversammlung anzunehmen. Mit Dr. Jund wird wieder einer der einflussreichsten Führer der alten nationalliberalen Partei, die von den Bogen der Revolution verschlungen wurde, von der Bildfläche zu scheitern, daß Herr Dr. Jund jetzt bereits die Einsicht gekommen ist, daß auf der kommenden Nationalversammlung für freibornen Parlamentarier seiner Art keine Vorbereitungen zu pflichten sind.

Aufrechterhaltung der Zugbeschränkungen. Die von der sächsischen Staatsbahnverwaltung vom 21. bis 27. Dezember 1918 durchgeführten Zugbeschränkungen werden bis auf weiteres bestehen. Es fallen daher folgende Züge auch weiterhin aus: Nr. 471 7,22 vormittags ab Leipzig Hauptbahnhof nach Dresden; Nr. 470 11,40 abends ab Leipzig Hauptbahnhof nach Altenburg; Hof; D. Zug Nr. 254 7,52 abends ab Leipzig Hauptbahnhof nach Chemnitz.

Anforderungen vorzuziehen nicht. D. Zug 251, ab Chemnitz 8.25, an Leipzig Hauptbahnhof 10.10 vorwärts; Personenzug 472, ab Dresden Hauptbahnhof 11.23 vorwärts, an Leipzig Hauptbahnhof 2.49 nachwärts; Personenzug 4218, ab Hof 8.06 nachmittags, an Leipzig Hauptbahnhof 10.21 abends. Personenzug 1245 verkehrt auch täglich statt von Altenburg bereits ab Gößnitz, Abfahrt 9.22 abends.

Zusatz zur Regelung der Gewerbeaufsicht wird vom 1. Januar 1910 ab die Gewerbeinspektion in ein Gewerbeaufsichtsamtsamt umgewandelt. Alle Aufschriften sind daher in Zukunft an das Gewerbeaufsichtsamtsamt Leipzig I bzw. Leipzig II zu richten.

Johannes Wille. Es ist kein großer Fiskus, der in den Weihnachtsfeiertagen in dem Saal des Altbürgermeisters Leipzig-Kügel, eingezogen ist, aber er zeichnet sich aus durch gelegene Leistungen. So sind insbesondere die Pferdebesitzer sehr gut; auch in einem Meisenunternehmen sind sie nicht besser. Herr Schumann übertrifft als vorzüglicher Schütze. Direktor Wille jr. führt 12 wohlbesetzte Schreden und 6 ungarische Fische sowie eine Anzahl Pönnz vor. Einzelne Tiere sind ausgedehnter Steiger und Springer. Frau Direktor Wille jr. bietet Dressurspiele mit Elefant und Pönnz. Dazwischen zeigen eine Tänzerin, Akrobaten, eine Drahtseiltänzerin und Kraftmenschen ihre Kunst. Die Spahmacher fehlen ebenfalls nicht.

In den 18 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 16. bis 21. Dezember die Speiseabgabe auf rund 84 800 Mahlzeiten gegenüber rund 86 300 in der Woche zuvor.

Veranstaltungen der Jugendvereine.

Montag, den 20. Dezember, 1/8 Uhr, im Volkshaus Bundesvorstandssitzung.

Alt-Leipzig. Sonntag: Flugblattverteilung. Treffen 8 Uhr am Königsplatz. Abends: Besuch des Brudervereins Thonberg. Dienstag: Geschlossen. Mittwoch: Gesellschaftsversammlung. — **Alteinspöcher.** Sonntag: Heim von 4 Uhr an geöffnet. Dienstag, den 21. Dezember, Zerstörerklub verbunden mit Christfeier. Neujahr: Heim ab 8 Uhr geöffnet. Freitag, den 3. Januar, Mädchenabend. — **Leipzig-Cl.** Sonntag: Treffen 8 Uhr früh auf dem Markt. — **Platzhirsch-Schützen.** Sonntag: Gesellschaft. Donnerstag: Vereinsabend. — **Leipzig-Cl.** Am 20. Dezember, früh 8 Uhr, Treffen in Bibliothek zum Halbjahresausflug. Nachm. 4 Uhr Treffen in der Bibliothek zum Brudervereinbesuch nach Thonberg. Mittwoch, 1. Januar, Treffen 4 Uhr in der Bibliothek. — **L. Wohlthät.** Sonntag, den 20. Dezember, Weihnachtsfeier. — **L. Schützenkl.** Sonntag, den 20. Dezember, Spielen im Heim. — **L. Zerstörer.** Sonntag, den 20. Dezember, Zusammenkunft. — **Marxfraktion.** Sonntag, den 20. Dezember, Gesellschaftsversammlung. — **L. Thonberg.** Sonntag: Weihnachtsfeier. Einlass 8 Uhr, Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Vereinsabend.

Die Mitglieder werden gebeten, ihre Vertreter auf die Bundesvorstandssitzung aufmerksam zu machen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Tauscha. Auf zur Wahl! Morgen, am 29. Dezember, finden die Stadtverordnetenwahlen statt. Auf die besondere Bedeutung der jetzigen Kommunalwahlen ist schon mehrfach hingewiesen worden. Unser Gegner, besonders die sogenannten „Demokraten“, machen die vorzüglichsten Anstrengungen, die Wähler und Wählerinnen für sich zu gewinnen. Männer und Frauen des werktätigen Volkes, laßt euch durch ihre schönen Worte nicht täuschen. An ihren Taten müßt ihr es erkennen. Vergeht nicht, daß sämtliche bürgerlichen Parteien die imperialistische Politik der bisherigen deutschen Reichsregierungen, die Landtagspolitik, wie sie das Tauschaer Amtsblatt dieser Tage nennt, unterstützt haben. Vergeht nicht, daß alle rechts von uns stehenden Parteien, von den Konfessionen bis zu den Regierungspolitikern, die stuchwürdige Kriegspolitik unterstützen und verteidigen haben, jene verbrecherische Politik, die durch ihre Wirkungen Deutschland in einen Krümmenbauern verwanbelt hat. Jetzt heißt es, das was dem Reich „aufbauen“. Für Reich, für Staat, in der Gemeinde muß sofort mit diesem Aufbau begonnen werden. Dabei können nur die Freunde und Stützen jener alten volkstümlichen Politik nicht brauchen. Nur die Unabhängigen sozialistischen Partei, die jederzeit, unter schwierigsten Epochen, die Bewusstheit des Kampfes gegen jene gefährliche Politik nur für die Interessen der Volksgenossen geführt hat, verdient das Vertrauen des werktätigen Volkes. Deshalb, Wähler und Wählerinnen, gebt eure Stimme nur für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokraten ab.

Paunsdorf. Morgen Wahltag. Die Genossen des erweiterten Wahlkomitees werden ersucht, sich am Sonntag 7 Uhr im neuen Gasthof einzufinden. Das Wahlbureau des Ortsvereins befindet sich am Wahltag, Sonntag, den 20. Dezember, von mittags 1/2 Uhr an im Restaurant Albertsburg, Albertstraße 16. Möge jeder Wähler so zeitig wie nur irgend möglich zur Wahl gehen. Kein Wähler, keine Wählerin darf fehlen. Jeder Parteigenosse hat sich dem Wahlausschuss zur Verfügung zu stellen. Auf zur Wahl!

Wahnen. Achtung, Gemeinderatswähler! Die Gemeinderatswahl findet Sonntag, den 12. Januar 1910, statt. Die Wählerlisten liegen vom 27. Dezember bis 8. Januar im Rathaus, Gedächtnis, Zimmer 1, während der üblichen Geschäftsstunden — Sonn- und Festtags vormittags von 11 bis nachmittags 1 Uhr — öffentlich aus. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, sich zu überzeugen, ob er in die Wählerliste eingetragen ist. Für die Wähler, denen es nicht möglich ist, die Wählerlisten selbst einzusehen, hat das örtliche Wahlkomitee Listen zum Einsehen in folgenden Lokalen ausgesetzt: Birkensteinschen (Trabitz), Zur Salzmeise (Cito Urein), Billale des Konsumvereins L. Wogwitz (Max Jakob).

Leipzig-Marzkeberg. Gemeinderatswahl. Die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Gemeinderatswahl sind nunmehr in den Vereinsversammlungen aufgestellt worden. Die Liste lautet: Otto Germer, Schuhmacher, Hermann Gerhardt, Lagerhalter, Oskar Hermann, Lagerhalter, Oswald Schröder, Schriftsetzer, Frau Müller, Felix Winkler, Schriftsetzer, Karl Selger, Schriftsetzer, Hermann Staake, Chemiker, Karl Hermann, Geschäftsführer, Albert Rummelt, Schriftsetzer, Oskar Schaal, Klempner, Otilie Witz, Lagerhalter, Wilhelm Weber, Zimmermann, Franziska Alice Zeiner, Paul Ziegler, Fabrikarbeiter, Frau Selmann, Otto Schoppert, Buchbinder, Richard Staake, Maurer. Zwölf der vorgeschlagenen haben ihren Wohnsitz im Ortsteil Desch, sechs im Ortsteil Marxkeberg. Genossen und Genossinnen! Geht an die Wahlarbeit, führt die Frauen auf. Der Wahlkampf wird heiß, regen und stehen die Bürgerlichen, die in unserm Orte bekanntlich zahlreich sind. Dann arbeiten die Reichstagskandidaten mit aller Kraft, von den Bürgerlichen wohlwollend unterstützt. Die Liste der Unabhängigen weist nur Namen auf, die in der Arbeiterbewegung schon lange tätig sind, die das Vertrauen der Arbeiterbevölkerung verdienen.

Tauscha. Nahrungsmittelausgabe. Ausgabe von 21 Pfund Kartoffeln für Personen über sechs Jahre und 15 Pfund für Kinder unter sechs Jahren auf die Zeit vom 20. Dezember 1909 bis 18. Januar 1910 Montag, den 20. Dezember, vormittags von 1/2 bis 1/2 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 4 Uhr, für die Haushaltartikelmengen von 1 bis 1000, und Dienstag, den 31. Dezember, vormittags von 1/2 bis 1/2 Uhr, für die Mengen über 1000. Die Bezahlung der Kartoffeln erfolgt am im städtischen Lagerhaus. Ausweis- und Kartoffelkonten sind vorzuliegen. Dienstag, den 31. Dezember 1909, vormittags von 10 bis 11 Uhr, Verteilung von Sonderbewusstseinsmitteln für stehende Mütter und für die nach dem 1. August 1907 geborenen Kinder in der Polizeiwache.

Zweinaundorf. Zu den bevorstehenden Wahlen nahmen die Einwohner in einer außergewöhnlich hoch besuchten Versammlung Stellung. Redakteur Genosse Prager referierte über die bevorstehenden Gemeinderatswahlen und ihre Bedeutung. Es erfolgte sodann Auffstellung der Kandidatenliste zu den Gemeinderatsvertretern

und kamen in Vorschlag: Richard Büchse, Auguste Gemma, Willy Brade, Oswald Herzog, Gustav Tröger, Gottlieb Küster, Bernhard Vogel, Aris Schäbe, August Weber, Willy Martin, Gustav Klinge, Gustav Schmidt und Hermann Wöhl. Weiter wurde ein Ausschuss von sieben Personen, darunter drei Frauen, gewählt, der die Aufstellung der Kandidatenliste kontrollieren soll. Auf eine Anregung eines Mitglieds des Ernährungsausschusses, mit Dr. Zeeger in Verbindung zu treten, daß die Ergebnisse einer Wahl den Einwohnern zugeteilt werden, wurde berichtet, daß der Landherr dem Folge geben werde. Allerdings muß auch ein bestimmter Teil der Jagdbeute an den Kommunalverband abgeliefert werden. Ein Teilnehmer wünschte, daß die Mitglieder in den Gemeindevorstand einbezogen werden, um deren Vorkommnisse zu ermöglichen.

Wahren. Am 20. Dezember fand im alten Gasthof eine starkbesuchte öffentliche Einwohnerversammlung statt. Genosse Hoffmann gab zunächst einen Bericht über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in der Gemeinde. Dann hielt Genosse Buchardt einen Vortrag über Gemeindevorstand und Gemeinderatswahlen. Daran schloß sich eine längere, reger Diskussion, an der sich auch einige Lehrer beteiligten. Sie wurden als Kandidaten der demokratischen Partei von verschiedenen Seiten scharf angegriffen. Die Gemeinderatswahl findet am 12. Januar statt. Die Wählerlisten liegen vom 27. Dezember bis 2. Januar im Rathaus aus. Die Berichte wurde, sind bis jetzt bereits 1200 Wähler eingetragen. Die Vorschlagsliste für die Kandidaten fand einstimmige Annahme.

Großschöder. In einer gut besuchten Versammlung wurde die folgende Kandidatenliste der unabhängigen Sozialdemokraten für die am 12. Januar stattfindenden Gemeinderatswahlen aufgestellt: Arthur Denschardt, Emma Galt, Bruno Fiedler, Max Mattes, Gustav Schmid, Otto Rüdert, Karl Birnbaum, Otto Fauske, Oskar Böhm, Gustav Kleine, Fritz Schröder, Ida Schröder, Willi Fauske und Otto Kleinhardt. Die Wählerlisten liegen vom 21. Dezember ab in der Zeit von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr im Gemeindeamt aus. Es ist Pflicht eines jeden, sich zu überzeugen, daß sein Name in der Wählerliste steht. Wer nicht selbst nachsehen kann, kann sich an den Genossen Birnbaum, Wöllnerstraße 4, oder Willi Fauske, Wilhelm-Nickel-Straße 4, wenden.

Juchelhausen. In der am 19. Dezember im hiesigen Gasthof abgehaltenen Wahlversammlung behandelte Genosse Wille aus Leipzig das Thema: Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen. In 14 stündigen Ausführungen erörterte der Referent die Bedeutung der Wahlen zu den Gemeindevorstand und zur Nationalversammlung. Am Wahltag müsse die Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei überall den Weg bevorzugen. Nur dann seien die Erfolge der Revolution gesichert. Die Diskussion war sehr lebhaft. Von bürgerlicher Seite sprach Herr Vogt aus Juchelhausen. Er versuchte die Angriffe, die gegen das Bürgerrecht erfolglos, abzuwehren. Man dürfe das Bürgerrecht von der Mitarbeit nicht ausschalten. Von mehreren Diskussionsteilnehmern wurde dem Referenten wurde den Ausführungen des Herrn Vogt lebhaft entgegengetreten. Der Vorsitzende wies noch auf die Gemeinderatswahlen in Volkshaus und Juchelhausen am 2. Februar und die noch angelegten Wahlversammlungen im Januar hin.

Richtersdorf. Eine öffentliche Einwohnerversammlung beschäftigte sich mit den am 12. Januar 1910 stattfindenden Gemeinderatswahlen. Genossin Berta Thiel aus Leipzig sprach über: Die Frau und die bevorstehenden Wahlen. Sie erzielte für ihre treffenden Ausführungen lebhaften Beifall. — Zu den Gemeinderatswahlen wird und fernher gefahren: Besonders unter den Frauen und Mädchen ist Aufklärung über die Rechte und Pflichten als vollberechtigte Staatsbürger dringend nötig. Nicht nur in Versammlungen, nein überall muß aufklärend unter der gesamten Einwohnererschaft gewirkt werden. Niemand darf verheimlichen, sein Wahlrecht auszuüben. Mit Schrecken muß jeder zurückdenken an die Zeit, da in unserm Orte das Stimmrecht existierte, bei dem die Arbeiterklasse trotz großer Stimmenmehrheit nur 8 Vertreter im Gemeinderat hatte. Daneben aber haben 12 bürgerliche Vertreter und sorgen jahrelang dafür, daß ja kein Vertreter der Arbeiterklasse in einen Ausschuss gewählt wurde. Diese Zeiten dürfen nicht wiederkehren. Arbeiter, Arbeiterfrauen und Mädchen! Geht eure Stimme nur für die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ab. Auch bei und werden die bürgerlichen Parteien unter dem Deckmantel der Demokraten verfahren; auch zu gewinnen. Der größte Teil der Unterzeichner des letzten bürgerlichen Aufrufes waren Mitglieder des alten Gemeinderates, die lange Jahre hindurch die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten haben. Geht ihnen bei der Wahl die gebührende Antwort. Agitiere jeder in der kurzen Zeit bis zur Wahl für die Kandidaten der Unabhängigen Sozialistischen Partei. Niemand darf bei der Wahl fehlen.

Wahle. Vor einer gutbesuchten Volksversammlung, die im hiesigen Gasthof stattfand, sprach Genosse Oskar Fiedler aus Zschillen über Revolution und Nationalversammlung. Anschließend wurde eine Resolution angenommen, die energischen Protest einlegt gegen die vom Reich eingeführte Erwerbslosenfürsorge. Die Wechsler Arbeiterklasse wünscht und fordert einen Arbeitsnachweis in Siedend, an dem sich die umliegenden Orte beteiligen können. Die jetzige Einrichtung in Merseburg ist für sie zwecklos.

Wahren. Am 22. Dezember hielt der Ortsverein im Gasthof zum Reichsdorfer eine Wählerversammlung ab, die sehr stark besucht war. Genosse Plau erstattete Bericht zum Arbeiter- und Ernährungsausschuss. Er erwähnte die Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten, ihre vorgezeichnete Menge besonders von Milch, Butter und Eiern regelmäßig abzuliefern, wenn die Ernährung des Volkes nicht noch mehr in Frage gestellt werden soll. Wo böswillig oder aus Gewinnlust nicht abgeliefert wird, müsse mangelsweise eingeschritten werden. Schleißhandel und Wucher müssen unmissverständlich bestraft werden. Ferner sprach Redner über die bevorstehende Gemeinderatswahl und verlangte besonders, daß den Gemeinden mehr Recht und Selbständigkeit eingeräumt werde. Die Gemeindevorstände der Amtshauptmannschaften müßten auflösen. Die Gemeinderatswahl findet Sonntag, den 20. Dezember, im Gasthof zum Reichsdorfer von früh 10 bis abends 6 Uhr statt. Nicht aller wahlberechtigten Männer und Frauen des werktätigen Volkes ist es, am Wahltag rechtzeitig zur Wahl zu gehen und ihre Stimmen für die Kandidaten unserer Partei abzugeben.

Wahren. Die durchgehende Geschäftigkeit wird vom 27. Dezember an bei der Stadtverwaltung einschließlich Stadtkasse, Sparkasse und Standesamt/eingesetzt, und zwar von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Für den Verkehr mit dem Publikum bleiben die Dienststellen von vormittags 8 Uhr bis mittags 1 Uhr offen. Sonn- und Festtags sind die Dienststellen von vormittags 11 bis 12 Uhr nur zur Erledigung ganz dringlicher Anlegen geöffnet.

Wahren. Der Ortsverein hielt am 21. Dezember im Hotel zur Post seine Mitgliederversammlung ab. Aus dem Bericht des Arbeiters- und Soldatenrats über seine bisherige Tätigkeit ist zu entnehmen, daß wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit von der hiesigen Stadterhaltung Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Es sollten eine Riegelabgebrochen. Straßen bebaut und Weiden entweidert werden. Der bisher gezahlte Lohn von 80 Pfg. pro Stunde wurde als zu niedrig bezeichnet; durch Verhinderung ist eine Erhöhung um 20 Pfg. erfolgt. Die Arbeitslosenfürsorge ist ebenfalls eingeschätzt. Bei der Firma Weimer hier waren die Arbeiter in Streik getreten. Von den Streikenden wurde der K. und P. Rat um Hilfe ersucht. Die Differenzen sind dabei zur Zufriedenheit erledigt worden. Zu bemängeln ist, daß die hier in Frage kommenden Arbeiter zum größten Teil nicht organisiert sind. Ganz ähnliche Verhältnisse bestehen auch bei der Firma Wänter hier, wo mehr weibliche Arbeiterkräfte in Frage kommen. Über die Verhältnisse wurde berichtet, daß die Arbeiterklasse auch den Arbeitern zur Verfügung steht. Die Lehrer haben einen Lehrertag gemacht, der in Schulangelegenheiten zu Rate gezogen wird. Eine Lehrervereinigung über das hiesige Krankenhaus hat sich ebenfalls gebildet, bei der Kontrolle war alle in Ordnung. Die Schulhelfer Wörmann hier hat sich bereit erklärt, die aller-

nlichsten Reparaturen Kinderbetten für Fußbekleidung herzustellen. Da in den bürgerlichen Zeitungen die größtenteils Unwahrheiten über die Bezahlung der Arbeiterlöhne veröffentlicht worden, gab Genosse Mebel eine Richtigstellung. Die Anwesenden wurden ermahnt, solchen Verleumdungen energisch entgegenzutreten. Genosse Kühner berichtete über den Sicherheitsdienst und gab bekannt, daß die Posten neben ihrer Schöpfung nur noch 1.00 Mk. pro Tag erhalten. Bisher sind 272 Zentner Kartoffeln, 6 Zentner Weizen, 3 Zentner Roggen, 14 Zentner Weizenmehl, 104 Zentner Gerste und 72 Pfund Butter beschlagnahmt worden. In der Diskussion wurden von verschiedenen Mitgliedern noch Anregungen gegeben. — Genosse Staake referierte über die nächsten Stadtverordnetenwahlen. Er erläuterte das Wahlrecht und schloß mit der Aufforderung, daß jeder Mann und jede Frau am Wahltag die Liste der U. S. D. wählen solle. Die aufgestellten Kandidaten wurden verlesen und aufgeführt. In das Wahlkomitee wurden die Genossen Poppe, Mebel, Wänter, Krüger und Weber gewählt. Anschließend wurden die Kandidaten von Kühner und Jantsch mit bekanntgemacht. Genosse Poppe appellierte noch an alle Anwesenden, die Wahltagung auch finanziell zu unterstützen. Weiter wurde angeordnet, alle Bekanntmachungen der Stadt in der Leipziger Volkszeitung zu veröffentlichen.

Wahren und Proßdorf. In der vom Ortsverein für den 20. Dezember 1909 einberufenen Einwohnerversammlung sprach Genosse H. G. über: Revolution und die kommenden Wahlen. Er behandelte die von der Demokratischen Partei in ihrer Versammlung vom 12. Dezember gegenüber der U. S. D. angenommene Kampfmethode. Von den wenigen anwesenden Gegnern meldete sich aber trotz wiederholter Aufforderung keiner zum Wort. Die Genossen Friedrich und Berger forderten die Anwesenden auf, bei den bevorstehenden Wahlen für die Kandidaten der U. S. D. zu stimmen und sich mit allen Kräften an der Wahlarbeit zu beteiligen. Ferner wurde das Verhalten des Gemeindevorstandes Wauer-Proßdorf beanstandet. Dieser Herr vertritt immer wieder, die Butter im Speisehaus zu verkaufen, unter Umgehung der amtshauptmannschaftlichen Verfügung, nach der die Verteilung der Lebensmittel auf Grund von Listenlisten stattfinden soll. Der Arbeiterrat soll Abhilfe schaffen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß in Proßdorf noch dampfernecker auszumachen sind. Wir schneiden uns ins eigene Fleisch“, erklärte ein Anwesender auf Befragen, warum hier keine Schritte getan würden. Auch hier muß vom Arbeiterrat Änderung geschaffen werden. Nach Aufforderung an die Versammlung, jeder der Volkshaus und Mitglieder des hiesigen sozialdemokratischen Ortsvereins zu werden, fand die Versammlung ihren Abschluß. — Der Erwerbslosen-Verein aus Wahren hat sich aus folgenden Herren zusammen: Vorsitzender Paul Fischer, Untersekretär Kurt Nießmann, Arthur Berger, Arbeiter: Paul Grose, Hermann Schönfeld. Nach den angenehmen Reden betrug der ordentliche Tageslohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre 4.50 Mk., für weibliche Arbeiter über 21 Jahre 2.60 Mk. Arbeitslos haben sich bisher fünf Personen gemeldet.

Marzkeberg. Arbeiterratsitzung. Der unter dem Vorsitz des Vorkämpfers an Stelle des Stadtrats tagende Arbeiterrat hat in seiner letzten Sitzung u. a. folgendes beschlossen: Die noch-malige Gewährung einer einmaligen Feuerungskulasse in Höhe der Steuern an alle Lehrer und Gemeindevorstände und Arbeiter wird bewilligt. Infolge der Kohlennot wird bei der städtischen Verwaltung die durchgehende Geschäftigkeit eingeführt (von früh 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr). Vom 1. Januar 1910 an ist der Radenschluss für alle Geschäftsabende 6 Uhr. Volksheim für die Gastwirtschaften und alle Veranstaltungen ist abends 10 Uhr. Die Abrechnung des Verwalters des Hoffmannschen Nachlasses wird genehmigt, 6 1/2 Gulden ein Baugeschäft der Firma Kreislich u. Darmstadt. Einige Steuerzahler werden bewilligt.

Städtische Gemeinderatswahlen. Die Wahl findet am 12. Januar 1910 statt, wozu die Stadt in vier Bezirke eingeteilt ist. Die Listen liegen vom Montag, den 28. bis Montag, den 30. Dezember, beim Beamten, Markt 11, zur Einsicht aus, mit Ausnahme des 1. Bezirkbezuges. Am 2. Bezirkbezuges und Sonntag, den 20. Dezember, können die Listen von 8 bis 12 Uhr auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, Bureau des Arbeiterrats, eingesehen werden. Da bei der Aufstellung der Listen sehr eilig gearbeitet werden mußte, ist es notwendig, daß sich alle Wahlberechtigten überzeugen, ob sie in der Liste stehen. Wahlberechtigt sind alle Personen, die bis zum Wahltag das 20. Lebensjahr erreicht haben und Deutsche sind, also nicht nur Arbeiter. Alle Parteigenossen müssen ihre Pflicht tun und sich an den Wahlarbeiten beteiligen, damit wir einen vollen Sieg erringen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die dritte Landesratsitzung.

Die achtzigste Landesratsitzung hatte eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung zu erledigen und nahm auch einen teilweise erregten Verlauf. Sie präsentierte sich in der neuen und vermehrten Zusammensetzung. Was die Rechtsbeziehungen aus ihr zu machen beabsichtigten, war eine Fortsetzung ihrer vor 14 Tagen abgehaltenen Parteikonferenz. Schon die Anträge bewiesen dies zur Genüge. Deshalb kam es zwischen ihnen und unseren Parteigenossen zu scharfen gegenständlichen Erklärungen. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung sprach der Volksbeauftragte Lipinski über die augenblickliche wirtschaftliche Lage, soweit es sich dabei um das Verhältnis zwischen Sachsen und der tschecho-slowakischen Republik handelt.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung kam es über die Frage der baldigen Einberufung der Nationalversammlung für Sachsen. Die Regierung hat einen Gegenentwurf ausgearbeitet und erlassen, wonach die Wahl zu einer sogenannten sächsischen Konstituante am 2. Februar stattfinden soll. Dagegen stimmten nun die Abhängigen an. Einmal wollten sie; der Landesrat müßte das Geleis selbst bestimmen, sowie auch den Wahlort, dann aber wollten sie zeigen, daß sie da, wo sie die Wahl haben, sie auch vollständig ausüben. Auf ihrer Konferenz hatten sie beschlossen, die Wahl zur sächsischen Konstituante mit der zur Nationalversammlung auf einmal vorzunehmen zu lassen, und sie ließen sich auch durch keine so triftigen Gründe davon abbringen. Ihre Anträge und Reden waren diesem sächsischen Spede gewidmet. Der Landesrat sollte nach ihnen nun nicht mehr, wie ehemals beschlossen wurde, das Bindrecht mit sich führen den sächsischen A. und S. Räten und der Regierung sein, sondern ein Parlament, das beschließt. Diefem Bestreben unterwarfen sich unsere Genossen nicht, denn es war ihnen sofort klar, daß es nur darauf hinausläuft, die sächsischen A. und S. Räte zu bloßen Marionetten herabzubringen. Sie gaben eine Erklärung ab, worin sie die Abhängigen mit ihrem Bestreben in die Schranken zurückwies und die Beschlüsse als nicht bindend für sich anerkannten. Erklärlich ist, daß die Abhängigen nach ihrem Schwindelwahlen in Dresden und Chemnitz nun eine Kleinere sächsische Konstituante aufriefen wollten. Denn konnten unsere Genossen selbstverständlich nicht auch noch Vorlauf leisten.

Auch dem weiteren Bestreben, aus diesem Parlamentarismus ein zu schaffendes Zentralrat gleich dem Berliner eine Kontrollinstanz und leitende Körperschaft über den A. und S. Räten und der Regierung zu schaffen, leisteten unsere Genossen in ihrer Erklärung scharfen Widerstand. Während die Abhängigen auf dem

Mittelgroß bemittelt waren, alle Macht dem schicksaligen Direktorium mit gesetzgebender und ausübender Gewalt zu übertragen und den Zentralrat nur zur Marionette zu machen, schlugen sie hier den gegenteiligen Weg ein. Wenn freilich die sächsische Regierung nach ihrem Gutsitz zusammengesetzt wäre, würden sie wahrscheinlich auch hier das Berliner Verfahren angewandt haben. So aber galt es, sich die Rechteposition zu schaffen, mit der sie dann der Regierung und den mitgliedlichen K. und S.-Mägen ihren Willen aufzwingen könnten. Daran ändert auch nicht, daß sie ihr Bestreben mit demokratischen Redensarten verumwunden. Entkräftet fragte einer ihrer Redner, wie man dazu komme, zu glauben, daß sie die unabhängigen Mitglieder aus der Regierung verdrängen wollten? Solche Absichten lägen ihnen fern. Offenbar mußte er nicht mehr, daß kritisch in Chemnitz ein Antrag angenommen wurde, in dem das Ausschreiben der unabhängigen Mitglieder aus der Regierung verlangt wurde. Als der Antrag auf Schaffung eines Zentralrates von den Mehrheitsmitgliedern angenommen worden war, erklärten unsere Genossen, daß auch dieser Beschluß für sie nicht bindend sei. Die Regierung ist auf Grund einer Vereinbarung beider Parteien aushalten gekommen. Und diese Vereinbarung kann nur wieder durch die Parteien selbst aufgehoben werden, nicht aber durch den Beschluß irgendeines Parlamentarierkörpers, oder etwa gar durch einen von diesem Teile eingeschickten Zentralrat.

Die Rechtssozialisten verkennen die gegenwärtige Lage offenbar vollständig. Sie glauben, daß Wahlerfolge heute das Bestimmende seien, während es in Wirklichkeit der Gang der Revolution ist.

Auch bei der Bestimmung über den Wahltermin kam es zu einer Scheidung. Der Beschluß des einen Teiles des Landesrates kann natürlich für die Regierung nicht bindend sein, sondern nur der von ihr selbstgeschlossene einstimmige Beschluß, die Wahl zur Konstituante am 2. Februar stattfinden zu lassen.

Sehr scharf trat die gegenwärtige Auffassung über die Befugnisse und Aufgabe der neuen sächsischen Konstituante zwischen der Regierung und den Rechtssozialisten hervor. Die Regierung meint, solange die Nationalversammlung keine für das Deutsche Reich gültige Verfassung geschaffen hat, können die Einzelstaaten keine Bundesstaatsverfassung schaffen, da erst entschieden werden müsse, ob Deutschland eine einheitliche sozialistische Republik oder ob es ein Staatenföderativsystem werden solle. Diese Gründe zählten für die Rechtssozialisten nicht, sie haben einmal den Parlamentsstimm und sehen das Parlament als das Heilmittel an.

Die Arbeiterschaft mag nun zeigen, daß sie die Frage, ob Fortführung der Revolution das Gebot der Stunde ist, richtig versteht.

Landesversicherungsanstalt Sachsen.

In der kürzlich abgehaltenen ordentlichen Jahresitzung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt lag der Geschäftsbericht über das Jahr 1917 vor. Danach stellen sich die Ausgaben für Verschickte und für Hinterbliebenenfürsorge auf: 18 604 203,08 M. (15 188 850,87) im Jahre 1918 für Renten; 80 520,50 (88 967,02) M. für einmalige Leistungen (Witwen- und Waisenausschüttung); 3 525 470,31 (3 182 058,04) M. für Vorkosten für die Kriegsjahre; 65 558,00 (65 880,80) M. für Invaliden- und Waisenausschüttung; 48 250,18 (52 980,78) M. für außerordentliche Leistungen, zusammen 20 029 502,78 (18 560 153,18) M. Für Wohlfahrtsleistungen infolge des Krieges, die beim Selbstverfahren mit nachgewiesen ist, wurden 2 415 122,98 (2 088 111,61) M. aufgewendet.

Im Jahre 1918 sind die Geschäfte bei der Landesversicherungsanstalt weiter gewachsen. Bei 805 528 Eingängen und 209 672 Abgängen bis Ende Oktober 1918 kommen auf den Arbeitstag 1 222 Ein- und 1500 Abgänge, 24 bzw. 81 mehr, wie im vollen Vorjahr. Leistungskarten liefen bis dahin 795 301 Stück, durchschnittlich am Arbeitstag 3181, d. i. 44 Stück mehr gegenüber dem Tagesdurchschnitt des ganzen Jahres 1917, ein.

Von 20 121 Rentenansprüchen Versicherter wurden 19 140 anerkannt durch Bewilligung von 14 751 Invalidenrenten (darunter 1501 Krankenrenten) und 8850 Altersrenten. Hinterbliebenen bezüge (Witwenrenten, Waisentren, Witwen- und Waisenausschüttung) wurden in 12 454 Fällen bewilligt. Für Ehrenspenden an 5203 Witwen und 8880 Waisen von Kriegsteilnehmern sind im Jahre 1918 bis zum 31. Oktober 606 645 M. bewilligt.

Heilbehandlung in Heilanstalten, Krankenhäusern usw. wurde für 1920 Sunnenträger und 800 andre Kranke angeordnet. Auf die eigenen Heilstätten Gottleuba und Hohwald entfallen 1331 (851 bzw. 480) Heilbehandlungen; außerdem wurden in beiden Heilstätten 1089 Militärpersonen behandelt und versorgt. In 2080 Fällen wurden Beihilfen zur Beschaffung von Zahnrufen, künstlichen Gliedmaßen usw. bewilligt.

Invaliden- und Waisenausschüttung erhielten Ende Oktober 1918 171 Rentenempfänger bzw. 57 tuberkulose gefährdete Waisen.

Die Einnahme für verkaufte Beitragsmarken stellte sich bis Ende Oktober 1918 auf 18 100 070,58 M., im Monatsdurchschnitt auf 1 810 007,08 M., gegenüber 1 867 264,04 M. für das ganze Vorjahr.

Von dem Wite November 1918: 266 718 217 M. betragenden Reinertrages der Landesversicherungsanstalt sind 166 900 095 M. für gemeinnützige Zwecke, darunter 55 428 011 M. zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen, ausgeflossen.

Für Kriegswohlfahrtszwecke hat die Landesversicherungsanstalt im laufenden Jahre bis Ende November 1 003 026 M., im ganzen bisher 8 608 187 M. ausgezahlt und angewiesen, darunter — in abgerundeten Beträgen — 726 000 M. Beitrag an den Bundesauschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen zur Unterhaltung von Vereinstagaretten, Gemeindefehlern, als Spende für die Bekannensfürsorge und Weihnachtsgeldgaben an Verwundete und das Pflegepersonal in Zigaretten, 2 873 000 M. für Beköstigung, Pflege und Behandlung der in den Heilstätten Gottleuba und Hohwald der Landesversicherungsanstalt aufgenommenen Militärpersonen, 908 000 M. an den Bundesauschuß für Kriegshilfe bar gezahlte Beiträge zu Unterstützungen verschiedener Art, namentlich auch zur Einrichtung und Unterhaltung von Volkshäusern und dergleichen. 35 000 M. erhöhte Zuschüsse für Gemeindefehlernpflege, 175 000 M. Mitgliedsbeitrag der Landesversicherungsanstalt an den Verein Selbstaufbau, Beihilfen zur Errichtung und Unterhaltung von Behrwerkhäusern für Kriegsschadigte, sowie für die Einrichtungsarbeiten, 310 000 M. anteilige Beiträge zur Aufrechterhaltung der freiwilligen Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung von zum Militärdienst eingezogenen oder unerschuldet arbeitslosen, früher versicherungspflichtigen Personen, 2 320 000 M. Ehrenrenten an Hinterbliebenen von im Kriege gefallenen oder ihren Verwundungen erlegenen Versicherten.

In den beiden eigenen Heilstätten Gottleuba und Hohwald sind nach wie vor dem Roten Kreuz eine größere Anzahl Betten (in Gottleuba 250, in Hohwald 130) zur Belegung mit verwundeten oder erkrankten Militärpersonen zur Verfügung gestellt. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1918 wurden in Gottleuba 2108, in Hohwald 828 Kranke (einschließlich Militärpersonen) versorgt. Der durchschnittliche Krankenbestand stellte sich in

Gottleuba auf 318, in Hohwald auf 107. Infolge des Ausbreitens der Grippe mußte die Einweisung von Kranken nach Gottleuba zeitweise eingestellt werden. Die Abgabe von Moorbädern in diese Heilstätte war nicht immer möglich, weil das nötige Bademoor nicht herangebracht werden konnte. Ein bisher verpacktes Gut wurde zur weiteren Sicherstellung der Ernährung der Heilstättenbesitzer in eigene Bewirtschaftung genommen. Zwei während des Krieges in Angriff genommene Neubauten (ein Unterkunftsbaus für Männer und Frauen und ein Saalgebäude) gehen ihrer Vollendung bzw. Benützung entgegen; ebenso bauliche Änderungen am Keller des Kochkuchenschäubes.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat die Landesversicherungsanstalt in den größeren Städten Sachsens Beratungsstellen zur unentgeltlichen Benützung durch die Erkrankten eingerichtet.

Am Haushaltsplan für das Jahr 1919 mit den Unteranschlägen für die Heilstätten Gottleuba und Hohwald sind die Leistungen für Versicherte mit 20,1 Millionen Mark für Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen-, Waisentren und sonstige Bezüge an Hinterbliebenen von Versicherten, 6,4 Millionen Mark für Heilbehandlungen und allgemeine Fürsorgemaßnahmen, einschließlich 2 1/2 Millionen Mark, die für Kriegswohlfahrtszwecke bestimmt sind, 180 000 Mark für Invaliden- und Waisenausschüttung und 2,7 Millionen Mark für Kosten der Verwaltung, einschließlich der Vergütung für Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen vorzusehen; die Reineinnahme aus Beiträgen mit 22 Millionen Mark und aus Zinsen mit 9,8 Millionen Mark veranschlagt.

Eine neue Parteizielung.

Vom 1. Januar an wird in Plauen ein neues Parteiblatt, die Volkszeitung für das Vogtland, erscheinen. Die Gründung des Blattes war schon vor dem Kriege mit Zustimmung des damaligen Landesvorstandes beschlossen, wurde aber, obwohl der Betrieb bereits eingerichtet war, durch den Krieg verzögert. Bestimmend für den damaligen Beschluß war der Umstand, daß die Schaffung einer eigenen Zeitung für den 23. Wahlkreis mit seiner starken Industriebewohner als eine zwinrende Notwendigkeit anerkannt wurde und allgemein die Auffassung bestand, daß das sächsische Volksblatt, zu dessen Verbreitungsgebiet der Kreis bisher gehörte, dem Bedürfnis der dortigen Arbeiterschaft nicht entfernt Rechnung tragen konnte.

Nur die Zwickauer Anstalten waren schon damals Gegner des Plans und sind es heute noch viel mehr. Das abhängige sächsische Volksblatt, das ungefähr nach dem Muster der Chemnitzer Volksstimme redigiert wird, breitet sich denn auch, die neue Konkurrenz abzuwehren. Die Art, wie das geschieht, verdient als Beispiel für die niederträchtige Kampfesweise dieser sächsischen Auch-Sozialdemokraten festgehalten zu werden. Es heißt da:

Sie (nämlich die neue Zeitung) vertritt die Anschauung der Unabhängigen, die in der Hauptsache darin besteht, die alte sozialdemokratische Partei zu bekämpfen.

Glauht man mit dieser verlogenen Phrase wirklich noch Eindruck auf die Arbeiter zu machen? Wenn wir weiter keine Aufgabe hätten, als die „alte sozialdemokratische Partei“ zu bekämpfen, könnten wir uns wahrlich jede Mühe sparen; denn der Zeitpunkt, an dem sich die Scheidemann durch ihre Volkerverdrängung um den letzten Rest von Ansehen bei der Arbeiterschaft gebracht haben, ist viel näher als sie ahnen. Ihre Hauptaufgabe ist der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. Wenn wir dabei gesungen sind, den Abhängigen ab und zu auf die Finger zu klopfen, so nur deswegen, weil sie diesen Kampf grundsätzlich aufgeben und — wie obiges Beispiel zeigt, — in der politischen Deuselei und Verlogenheit eine Virtuosität erreicht haben, gegen die selbst die Leistungen des selig entschlafenen Reichsfliegenverbandes verblasen.

Um die Zukunft unseres neuen Plauener Organs ist uns nicht lange. Trotz der systematischen Verdrängung, die sich das Zwickauer Blatt ungehindert jahrelang leisten konnte, wächst unser Anhang im Kreise ständig. Und wenn die Plauener Arbeiter erst einmal den Unterschied zwischen der Zwickauer Hohlheit und einer wirklichen Vertretung ihrer Interessen erfasst haben, wird es mit der abhängigen Derrikschheit endgültig vorüber sein. Wir hoffen, daß die Zwickauer Volksblattmänner recht bald noch mehr als nur den 23. Wahlkreis zu „verteidigen“ haben.

Sachsens Kohlenversorgung.

Der Demobilisierungsausschuß der Stadt Dresden beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Kohlenversorgung Sachsens. Die Chemnitzer Allgemeine Zeitung berichtet darüber:

Die Lage auf dem Kohlenmarkt gibt zu den schlimmsten Besorgungen Anlaß. Der Verband der wichtigsten Deutschen Kohlenreviere ist gegenüber den noch in der Kriegszeit erzielten Leistungen zurückgegangen von täglich (Wagen zu je 10 Tonnen):

Westfalen	20—24 000 auf	12—14 000
Oberschlesien	10—12 000 auf	5—8 000
Niederschlesien	1 200—1 800 auf	800
Sachsen	1 800—1 400 auf	800—900
Mitteldeutschland mit Niederlausitz	7 000—7 500 auf	4 500—5 000
Sachsen u. Sachsen-Mienburg	1 800—1 500 auf	1 000—1 100

Dazu kommt, daß der Versand aus dem Nachener, dem Saargebiet und dem rheinischen Braunkohlenrevier, der zusammen täglich 4000 bis 6000 Wagen betrug, infolge der Besetzung durch den Feind ganz ausfällt und, was für Sachsen besonders wichtig ist, daß die Einfuhr aus Böhmen, die im Jahre 1917 noch 2 Millionen Tonnen betrug, trotz dem (selber veröffentlichten) Abkommen mit dem tschechischen Staate vollständig stockt. Für die sächsische Kohlenwirtschaft sind im November 1918 gegenüber der normalen Monatsleistung während des Krieges ausgefallen: 10 200 Wagen sächsische Steinkohle, 7000 Wagen sächsische und osterrubische Braunkohle und Brückstein und 17 000 Wagen böhmische Braunkohle. Dafür sind als Ersatz aus Ober- und Niederschlesien nur rund 4000 Wagen geliefert worden, so daß rund 30 000 Wagen zu 10 Tonnen fehlen. Für den laufenden Monat ist mit noch größeren Ausfällen zu rechnen.

Diese Zahlen erscheinen im rechten Licht, wenn man bedenkt, daß Sachsen trotz seiner starken eigenen Kohlenförderung schon in normalen Zeiten mit einem Drittel seines Verbrauchs auf die jetzt fast ganz ausbleibende Zufuhr von auswärts angewiesen war. Die durch die Einstellung der Rüstungsbetriebe freiwerdenden Kohlenmengen reichen bei dem außerordentlichen Rückgang der Kohlenförderung nicht entfernt zu einer Verbesserung der schlechten Lage aus, und es ist mit einem völligen Stillstande der Industrie innerhalb 14 Tagen zu rechnen, wenn es nicht gelingt, die Leistungen der Belegstätten der Kohlenwerke oder ihre Zahl erheblich zu steigern.

Bahnbauten als Notstandsarbeiten.

Die Handelskammer Jittan hat dem Ministerium der Innern Vor schläge gemacht zu Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter und dabei u. a. vorzuschlagen, den wichtigsten Ausbau der Strecke Zwickau—Mitsun, den Bau der Linien Ober-Tunemalde—Ebbau und Rameu—Radibor sowie den Ausbau der Bahnstrecke Ober-Tunemalde und Nieder-Tunemalde in Aussicht zu nehmen. Mit dem Beginn des Baues der Linie Ober-Tunemalde—Ebbau könnte alsbald begonnen werden, da die Vorarbeiten hierzu beendet sind.

Kreisferien der K. G. P. im 10. Reichstagswahlkreis.

In Döbeln fand am zweiten Weihnachtstage eine von den Ortsgruppen Döbeln, Seidma, Kötzweitz und Waldheim-Gartha be-

schickte Kreisferien statt. Es wurde einstimmig beschlossen, Döbeln als Sitz des Kreisvorstandes gelten zu lassen. In den Kreisvorstand wurden gewählt: als Vorsitzender: W. Bierig, Döbeln Leipzig; Straße 28, Tel. 209; als Kassierer: W. Marber, Seidma; Döbeln; als Beisitzer: A. Krügel, E. Köhler, Mar Wolke. Alle schriftlichen Arbeiten für den Vorstand erledigt W. Wolke, Döbeln, Friedrichstr. 1, III. Jugendausschuß: Erich Görner, Döbeln, Weißr. 18. I. Parteiorgan für den Kreis ist die Leipziger Volkszeitung, die bereits seit Mitte November täglich verkauft wird und für die jetzt eine planmäßige Agitation betrieben werden soll.

Ein Lehrer im sächsischen Kultusministerium.

Von den drei vom sächsischen Lehrerverein für diesen Posten empfohlenen Kandidaten ist der Volksschullehrer Gentschel als fachtechnischer Hilfsarbeiter in das sächsische Kultusministerium berufen worden.

Zwickau. Die städtischen Arbeiter sollen nach Beschluß der Ausschüsse neuerdings eine außerordentliche einmalige Feuerungsanlage von 20 bis 200 M. erhalten. Außerdem werden Kinderzulagen von je 30 M. bewährt.

Neustädtel. Die Stadtverordneten haben beschlossen, einen Wohnungsnachweis mit Arbeitszwang einzuführen. — Die Unterstützungszulage für Erwerbslose wurden auf wöchentlich 30 bis 50 M. für Ehepaare und 12 bis 18 M. für männliche und weibliche Ledige festgelegt. Daneben werden 3 M. Mietbeihilfe bewährt.

Hohnheide. Ueber die Lage der für die Stadt bedeutsamen Lederhandschuhindustrie wird dem Kreisrat Tagesbericht geschrieben: Die Lederhandschuhherzeugung, die schon während des Krieges schwer zu leiden hatte, da die Zufuhr unterbunden war, ist jetzt wegen Mangels an Material zum Bearbeiten gänzlich zum Stillstand gekommen, denn vor wenigen Tagen kamen die letzten männlichen Arbeiter zur Entlassung, und die Beschäftigung der Handschuhherstellerinnen kann demnach auch nur noch von kurzer Dauer sein. Wie lange die Betriebsstilllegung, die natürlich bei der großen Zahl der betroffenen Arbeiter die wirtschaftliche Lage der hiesigen sehr ungünstig beeinflusst, dauern kann, kann nicht vorausgesetzt werden. In den ersten vier Kriegsjahren wurden an hiesige Mitglieder der Handschuhmachergewerkschaft insgesamt 101 000 M. an Unterstützung, davon über 88 000 M. an Arbeitslose, bezahlt.

Briefkasten der Redaktion.

- G. A. Sie brauchen keine Bescheinigung.
- F. C. 100. Wissen wir nicht.
- S. A. Burg. Wenden Sie sich an das Kriegsunterstützungsbüro, da wir nicht wissen, in welchen Verhältnissen Sie selbst leben.
- H. R. Reim! Sie müssen froh sein, die Unterstützung noch bis 31. Dezember erhalten zu haben.
- Abonnent E. W. Dängt vom Vertrag ab, sonst kann gekündigt werden.
- R. S. Albertsberg. Die Verfasserin kennen wir nicht. Wenden Sie sich doch an Ihre ehemalige Hilfsdienstvermittlung. Ihre Belage wurde der Parteikasse überwiesen.
- E. Sch. 65. Wir glauben, daß die beiden Frauen Amnestie zu erwarten haben.
- E. S. 107. Hauswirt ist verantwortlich und ersatzpflichtig, auch was Reihgebühren betrifft. Bis 10 Uhr.
- F. 55. Wenden Sie sich ans Unterstützungsamt, Rathaus.
- F. L. 107. Wenden Sie sich ans Erstabteilung.
- H. C. 712. Die Verordnung ist noch nicht aufgehoben. Warten Sie noch ein bisschen.
- E. 20. Sie müssen zum Truppenteil zurückkehren. Ausnahmeweise wird Unterstützung bis 30. 12. bewährt.
- Reisbarauer D. D. Heute nicht, Sterbegeld ja.
- H. R. 113. Sie bekommen die Arbeitslosenunterstützung.
- H. C. 100. Ja, sie kann ausgegahlt werden.
- Effie. Gr. Lindenau. Wenn Sie 60 M. eingezahlt haben, erhalten Sie den Betrag ausgegahlt.
- H. R. Marktberg. Haben Sie schon die Anweisungen von Ihrer Heimatgemeinde?
- H. B. 28. Gezwungen können Sie nicht werden.
- F. 245. Wenden Sie sich ans Erstabteilung 107.
- H. R. 100. 1. Zufällig. 2. An die Heimatgemeinde wenden.
- F. A. 106. Ihr Schwager kann nicht reifen. Wenden Sie sich an die Parteileitung, wir empfehlen die Herren nicht im Briefkasten.
- H. 1. Er darf selber schreiben, aber jetzt kann das wohl 1 Monate dauern. Warten Sie noch.
- H. Sch. Erstabteilung bleibt zuständig. Sie müssen Geduld haben.
- F. 7. 1. Ja, 2. Nein!
- H. 40. Nein, Sie waren ja entlassen. Beratung bei der Versorgungsstelle.
- Beitrag des Arbeiterrats Theils. Auf anonyme Zuschriften können wir nicht eingehen.
- Republik. Nein. Sie haben doch die Krankenkasse. Die Angelegenheit mit der Zeitung wird geregelt.
- H. B. 30. Wissen wir nicht.
- Kana C. 52. M. Sie können das Testament aufheben. Einzelteile können wir nicht feststellen.
- H. A. Der Mantel ist nur teilweise mitzugeben.
- Steueramt 1917. 1. Ja. Gehen Sie wegen der Reklamation auf Steueramt. 2. Ueberhaupt nicht.
- H. C. 60. Erstabteilung bleibt zuständig.
- H. V. 100. Die Mutter bekommt Unterstützung. Wenn Sie in der Lage sind, müssen Sie zahlen.
- H. V. 27. Wenn nicht Scheidung vorliegt, Amnestie. Erhalten das Geld zurück.
- H. 5. Ehrenverlust besteht dann nicht mehr.
- H. 2. Städtisch. Wenden Sie sich ans Arbeitslosenunterstützungsamt auf dem Rathaus.
- E. 1918. 1. und 2. Wissen wir nicht. 3. Kasobor
- F. 33. Ja!
- Kassierer 240. Das Pflegegeld müssen Sie vom Truppenteil erhalten.
- Hilfslehrer. Stellen Sie die ganze Sache dem Kultusminister dar.
- E. W. 125. Bleib in Leipzig. Wissen wir nicht.
- H. 98. Die Firma ist nicht verpflichtet.
- H. Sch. 100. Sie bekommen keine Rente mehr, aber Kriegs- und Witwenunterstützung.
- H. S. Sie haben Anspruch. Wissen wir nicht.
- E. C. 3. Wenden Sie sich ans Arbeitsamt. Einmal 8 M.
- D. R. 1. Wenden Sie sich ans Ministerium in Dresden. 2. und 3. Wissen wir nicht.
- M. 2. Bei Ihrem Truppenteil.
- H. 3. 100. Sie haben keinen Anteil zu beanspruchen.
- 555. Selbstverständlich werden Sie nun die Erziehung Ihres Sohnes wieder selbst in die Hand nehmen. Wenden Sie sich an die Jugendfürsorge.
- H. 18. Sie können Berufung einlegen. Ob diese Strafe möglich ist, können wir nicht entscheiden.
- E. 500. Wissen wir nicht.
- E. 2. 50. Ihr Sohn wird entlassen, sobald er Arbeit nachweisen kann.
- H. 3. 500. Sie müssen sich noch gedulden. Der Waffenbesitzer hat das verzögert.
- Frau D. Köhler. Wissen wir nicht.

Meine Kindheit

von Maxim Gorki.

(Schluß.)

Die Mutter sah im Winkel auf ihrem Bett und seufzte heiser: 'Es ist doch nur wenig, was er braucht...'
Der ein wenig und feiner ein wenig — da kommt schließlich ein Viel heraus.'
Er wandte sich von ihr ab und sagte zu mir: 'Er muß viel im Freien sein, der Kleine, in der Sonne. Im Sande muß er sitzen.'

Es schien mir, daß sie lächelte, und ein ungewohnter Glanz lag in ihren Augen. Ich lief sofort zu Maximow, doch er war im Hochamt. Die Großmutter schickte mich nach Schmutztabak, und da keiner vorrätig war und die Krämerfrau erst wachen zurechttrieb, mußte ich warten. Ich brachte ihr ein paar Brotkrumen, und eilte rasch nach Hause. Hier fand ich die Mutter am Tisch sitzend — sie hatte ein lauberes, fliegenderes Kleid an, war hübsch glattgekämmt und schaute so ernst und gefest drein wie in früheren Tagen.
'Nicht dir besser?' fragte ich mit einem eigentümlichen Angstgefühl.
Sie sah mich mit einem Blick an, von dem mir ganz unheimlich wurde, und sagte: 'Komm einmal her! Wo hast Du dich herumgetrieben, wie?'
Ich hatte noch nicht Zeit gefunden, ihr zu antworten, als sie mich bei den Haaren ergriff, mit der andern Hand ein bißgarnes, langes Messer, das aus einer alten Säge zurechtgeschliffen war, vom Tisch nahm und mir, weit ausholend, ein paar starke Stiche verlegte. Das Messer entfiel ihrer Hand.
'Gib an!' sagte sie. 'Gib es her!'

Das Knistern der Blumen, damit man auch ja merkt, sie sind von Papier. Stodender Dialog, bei aller gewollter Sachlichkeit. (Vernunftproben!) Langstellige Zwiesprache (genießt nicht untergeordnet); die Leute erzählen sich was. Dazu schwache Personalisierung der Typen. Herrn Walters Feint war nicht Pianist, sondern Alce, schwerer Held, ohne Spur von Liebenswürdigkeit. Dadurch wurde Fräulein Hesses Frau, die fast glaubhaft gewesen wäre, recht unwahrscheinlich. Und alles in dem bekannten Pöfchenstil, der es ratsam erscheinen läßt, nun einmal einseitig und ausschließend diese Bühne den Pöfchen und Schwänzen einzuräumen. Auch das ist etwas, wenn die Sache wenigstens konsequent und schwingungsvoll gemacht wird. Galt war, neben Elert und Käthe Huth als Ehepaar Vollinger. Frau sein Recht in einer Nebenrolle. R. F.

Schubert-Kammermusik.

Daß unsere Zeit so besonders materiell sei oder daß überhaupt zwischen den Zeitepochen in dieser Hinsicht ein großer Unterschied bestehe, das ist — ganz zu schweigen davon, daß innerhalb derselben Zeit verschiedene Völker und vor allem verschiedene Klassen existieren — eine durchaus unbewiesene und unbeweisbare Behauptung. Das wichtigste Argument ist der abnehmende Kirchenbesuch. Aber erstens gingen ja die Leute vielfach aus recht materiellen Ursachen in die Kirche, und zweitens sind an die Stelle der religiösen eben andere Ideologien getreten. Eine davon ist die Musik. Wer will angehörs einer tausendköpfigen andächtigen Weihnachtskirche, die sich Schubert vorspielen läßt, von Materialisierung reden, bloß weil die Leute auf den Gottesdienst hinsten? Im Gegenteil, Musikgenuss ist weit selbstloser als jede Religionsübung, hinter der in 90 von 100 Fällen ein Schacher mit dem lieben Gott steckt. Dabei geben die Pfaffen ihre Ware unter Einkaufspreis ab, während man für Musik immer noch bezahlen muß. Es wäre an der Zeit, ein paar Kirchen zu beschlagnahmen und darin regelmäßig und unentgeltlich musikalische Aufführungen zu veranstalten. Der Trennung von Kirche und Staat muß eine gewisse Verbindung von Kunst und Staat entsprechen. Mit Priestern und Hohenpriestern für musikalischen Gottesdienstsach fehlt es nicht: man braucht am Donnerstag nur wieder das Gewandhausquartett zu hören, das in feistlicher Weise bewährteste Werke Schuberts vermittelt. R. F.

Kleine Chronik.

Neunt. Symphonie. Die Hauptprobe findet am Sonntag um 11 Uhr (nicht um 12 Uhr) statt. Eine kurze Einführung in das Werk enthält das Programmheft, das sowohl bei der Hauptprobe wie bei der Aufführung selbst ausgegeben wird.
Städtische Theater. Die nächste Schaulustigkeit im Alten Theater wird das dreiaktige Schauspiel König Nikolo von Franz Weidling sein, das mit Gotthard Körner in der Titelrolle am 18. Januar im Rahmen der Veranstaltungen des Schillervereins zum erstenmal aufgeführt werden wird. — Für die zweite Hälfte der Spielzeit sind ferner erworben worden: Die Mörder, Schauspiel in vier Akten von Anton Tschadow, in der autorisierten Uebersetzung von August Scholz; Struensee (Der Engel von England), Schauspiel in fünf Akten von Otto Erler; Kauffisch, Drama von August Strindberg; Die Bürger von Calais, Bühnenspiel in drei Akten von Georg Kaiser; Penthesilea, ein Trauerspiel in drei Akten von Heinrich von Kleist. — Die Aufführung der Penthesilea, die ursprünglich am 30. November stattfinden sollte, mußte mit Rücksicht auf die Erkrankung des Fräuleins Stolberg, die Aufführung des Kaufsch, die für den 1. Januar angedacht war, mit Rücksicht auf die Erkrankung von Frau Otto-Morgenstern hinausgeschoben werden.

Eingelaufene Schriften.

Alabund, Brack. Ein Eulenspiegel-Roman. Erich Reiß Berlin.
Emil Ludwig, Diana. Ein Roman. Gesh. 5 Mk. Verlag Bruno Cassirer. Berlin W 35.
Vollständige Einführung in Goethes Faust. (Lebenskreise, 9. und 10. Band.) Verlag P. J. Tonger, Köln am Rhein. Preis 4 Mk.
Welter Michel, Die Geschichte von der Butter. Umschlag- und Einbandzeichnung von Karl Arnold. Preis geb. 6 Mk., geb. 8 Mk. Verlag von Albert Langen in München.
Alta Gadenhener, Woher und Wohin. Geschichtliches und Grundrissliches aus der Frauenbewegung. Verlag Naturwissenschaften G. m. b. H. Leipzig.
Bericht über die Sammlung soldatischer Volkslieder. Freiburg i. B. Verband deutscher Vereine für Volkskunde.
Denkschrift. Dem Vertretertag der Soldatenräte des Reiches am 1. Dezember 1918 in Bad Ems überreicht vom Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung. Mißgebungsstelle bei Kassel.
Denkschrift über die polnische Arbeiterwanderung nach Deutschland. Herausgegeben von der Vertretung der polnischen Regierung in Berlin.
Günther v. Vietzroge (G. v. Bartenberg, Oberstl. a. D.). Das ist oft verwalte Regiment und die reaktionäre Presse. Rommissionsverlag Nationale Kasse, Leipzig-St.
G. Freytags Bilder- und Sprachkarte von Mittel-Europa nebst Atlas und der Polarkreislinie 1:3 Mill. 50:110 Zentimeter groß, vorzofrei zu beziehen gegen vorherige Einzahlung von 4 Mk. vom Verlag G. Freytag u. Berndt, Wien VII, Schottenfeldgasse 92.
Internationale Rundschau. 1. Jahrgang 14. Heft. A. v. Müller, Dresden. Preis 50 Pfg.
Almanach des Deutschen Solarsolarteilerverbandes des Jahr 1919. Berlin, Verlagsgesellschaft des Deutschen Solarsolarteilerverbandes.
Dr. Magnus Hirschfeld und Franziska Mann. Was jede Frau vom Wahlrecht wissen muß! Berlin, A. Pulvermacher u. Co. Preis 1 Mk.
Reichswahlgesetz. Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung nach Wahlordnung vom 30. November 1918. Textausgabe mit Einleitung und Sachregister. Verlag von Franz Vahlen. Berlin. Preis 1.20 Mk.
Reichswahlgesetz und Wahlordnung. Zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Textausgabe mit Sachregister und arabischer Darstellung der Wahlkreisanteile. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung, Berlin.
Dr. Alfred Schulte. Das Wahlrecht für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung. Verlag von Meinar Verlag. Berlin. Preis 5.40 Mk.
Handb. d. d. Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft, Preis kart. 2.50 Mk., geb. 4 Mk.

Theater.

Altes Theater (Das Konzert). Zwei Ehepaare kreuzen sich. In jeder von beiden Ehen ist eines, das nebeneinander hinhängen möchte, weil ihm das andre rechtlos erscheint. In der einen Ehe ist es der Mann, ein berühmter Pianist, der freilich gewohnheitsmäßig, ja berufsmäßig, im Ueberflusse lebt, da ja die Pflege der weltlichen Verehrerschaft zum Handwerk gehört. In der andern Ehe ist es die Frau, ein Frauchen. Jener Pianist und dieses Frauchen haben sich, wie man so sagt, gelunden. Die trauernden Hinterbliebenen sind (neben zahlreichen eifersüchtigen andern Schillerinnen des Meisters) der Mann des Frauchens und die Frau des Meisters. Beide finden sich ebenfalls, zu edler Klage, eilen den zum „Konzert“ Entflohenen nach, erwischen sie in läudlicher Einsamkeit, und die erwachende Eifersucht führt Meister und Frauchen wieder in die respektive legitimen Ehebetten. Nota bene: nicht etwa aus dem illegitimen Her. So weit geht Bahr nicht. Und das ist der Haken, an dem man ihn aufhängen muß. Erst wird der Anseh'n von „stinkender Geilheit und unmäßigen Begierden“ (wie unsere Altvordern sagten) hervorgehoben, schließlich aber geht alles harmlos, salonsfähig her. Dabei wird dem Pianisten noch auf einige Jahre das Recht zu Lieb-Ehen eingeräumt, trotzdem sich die Gatten wiedergefunden haben. Es ist unerträglich, auf solche Weise das direkt feilschliche zu unterfchlagen. Alles soll schließlich nur als Fikt erscheinen, ja als unbedeutendes Kinderpiel. Dadurch bekommt auch die Originalfigur einen Knack. Der Mann des Frauchens wird mit seiner optimistisch-alttrübseligen Philosophie nicht ernsthaft auf die Probe gestellt. Er ist wirklich kalt bleiben, ja sogar Glückwünsche murmeln würde, wenn er sein Frauchen flugs mit dem Meister zu Bett gehen sähe? Es kommt nicht so weit. Beide Männer werden ein bisschen wie Dämmlinge. Das ist auch wohl die Absicht des Dichters. Ein dritter Mann, ein läudlicher Käufer, ist nicht viel mehr als jene, ist gichtlich und ältlich. Seine Frau beklagt sich. Die Meistergattin beklagt sich. Das Frauchen beklagt sich. Rede in ihrer Art. Drei Gemüthen, drei gesunde Frauen. Ob das wirklich noch Wahrs Absicht ist? Jedemfalls ist es, bemerkt oder unbemerkt, eine Einsicht: Der Meister und sein zweifacher Mitgatte — er ist Arzt —, sie gehen beide in ihrem Beruf auf. Dem einen sind die Weiber eine Last halb, und halb eine Raune; dem andern ist die Ehe eine bloße Annehmlichkeit. Ganz konsequent, daß er glaubt, schließlich mit jeder Frau, die sein Scheusal ist, in angenehmer Ehe leben zu können.
Bahr ändert mit dem Problem; mit dem höchst düstern Gedanken, daß die Liebe etwas Zufälliges ist. Wer schließlich zeigt sich, daß er diesen Gedanken doch nicht ernst nimmt. Um des Bühnenerfolges willen werden die beiden Ehen wieder eingerenkt, nach dem alten Rezept: durch Erweckung von Eifersucht. Neu ist nur der Anseh'n, den sich der Dichter und seine Leuten geben, als ob sie nicht Komödie spielen, sondern wirklich ernsthaft und auf Grund tieferer Erwägungen den Spiel umkehrten. Aus einem solchergehalt zurechtgestrichen Spiel läßt sich eine Weltanschauung nicht herausziehen. Auch keine Moral. Höchstens etwa diese: Mißlingang in aller Vaster Anfang. Und das Mißlingang ist Mißlingang im höchsten Grade. Es bleibt immerhin eine Leistung, derartige unerschöpfte neue Dellen auf eine Art einzuleiden, daß ein lustiges Ganzes herauskommt.
Weniger lustig ist die Darstellung. Vramitistischer wie das Spiel der Schillerinnen mit der Front zum Publikum, Ober wie